

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Lebküchler, Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Zuckerwaren-, Schokoladen- u. Kakaoindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2.

Erk. 1887. Erscheint jeden Donnerstag. Redaktionsschluss Montag morgen 10 Uhr.

Insertionspreis pro dreizehnpaltiger Pettizelle 50 Pfg., für die Zeilenstellen 30 Pfg.

Der Staat und die freien Organisationen.

I.

Als der moderne Kapitalismus ins Leben trat, wurde der Grundsatz gepredigt, daß der Staat nicht das Recht habe, in das wirtschaftliche Leben eines Volkes regelnd einzugreifen. Man ging von der Überzeugung aus, daß die schrankenlose Bewegungsfreiheit, der freie Wettbewerb der Kräfte, die innere Kraft in sich trage, alle Dinge aufs beste zu ordnen. Wie einstmal die gläubigen Christen von der göttlichen Vorsehung sprachen, die die Ordnung der Welt gewährte, so sprachen die modernen Kapitalisten von einer inneren Harmonie der Dinge. Der Schöpfer hat die mit Gesetzen begabte Natur und Welt von außen angeordnet und nun läuft alles Geschehen ab wie eine Uhr oder eine Maschine, die in ihrem Innern ein Räderwerk trägt, so daß sich ein Eingreifen erübrigt. Dieser ideologischen Auffassung entsprechend schrieben die kapitalistischen Volkswirtschaftler auch dem Wirtschaftsleben die ihm innewohnende Eigenkraft zu, sich ohne ein staatliches Eingreifen zu regeln. Laß alles gehen und treiben, so lautet deshalb die Parole; es ordnet und regelt sich alles ganz von selbst.

Im Ausgange des Mittelalters verloren die Menschen allmählich den Glauben an das Wollen einer göttlichen Vorsehung, weil die grauenhaften Zustände, die überall herrschten, einer solchen Vorsehung geradezu Hohn sprachen. Aber auch der neue Glaube an die innere Harmonie der Dinge, der jenen anderen Glauben ablöste, erhielt durch die Entwicklung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse einen argen Stoß. Trotz der durch Technik und Wissenschaft ungeheurer gesteigerten Leistungsfähigkeit der menschlichen Arbeit hatte das Massenelend einen erschreckenden Umfang angenommen, so daß ein Zusammenbruch der Gesellschaft unvermeidlich schien. Jetzt erhoben sich wieder, zunächst vereinzelt und dann im gewaltigen Chor, Stimmen, die nach einem Eingreifen des Staates riefen. Während nach die kapitalistischen Hymnensänger von der Herrlichkeit unserer Wirtschaftsordnung schwärmten und mit heuchlerischen Worten das Massenelend als die nicht zu beseitigende Seite der Medaille bedauerten, forderte der neu aufkommende Sozialismus, daß die Staatsgewalt den unheilbaren Zuständen ein Ende machen solle. Die verelendeten Massen, so hieß es, müßten Einfluß zu gewinnen suchen auf den Staat, um ihn zu einem Eingreifen zu zwingen, und wenn sich der kapitalistisch verfaßte Staat weigere, seine Pflicht gegen die proletarischen Massen zu erfüllen, so bleibe dem Proletariate nichts anderes übrig, als diesen Staat in Stücke zu schlagen und auf den Trümmern den sozialistischen Volksstaat zu errichten. Also Reform oder Revolution lautete das Schlagwort, mit dem die Führer des Proletariats je nach ihrem Temperament in den Kampf zogen, immer aber dachte man sich die Staatsgewalt als das Mittel zur Herbeiführung menschenwürdiger Zustände.

Diesen sozialistischen Forderungen gegenüber beharrten die Manchesterlernte unentwegt bei ihrer Behauptung, daß der Staat nicht das Recht und noch viel weniger die Pflicht habe, sich um das Wirtschaftsleben zu kümmern. Sie wiesen hin auf den geradezu überraschenden Aufschwung, den Industrie, Handel und Verkehrswege genommen hatten, nachdem die mittelalterliche Gebundenheit beseitigt worden war, und sie waren fest überzeugt, daß nur unter der Herrschaft der freien Konkurrenz eine solche aufsteigende Entwicklung möglich sei. Die Forderung nach einem Eingreifen des Staates bezeichneten sie als reaktionär und als Rückfall in eine mittelalterliche Weltanschauung und auch der Ruf nach einem organischen Zusammenschluß der Einzelnen zu einer kräftigen Arbeits-

gemeinschaft erschien ihnen als Anzeichen einer bedauerlichen Schwäche. Der auf seine eigene Kraft pochende Einzelmann, der Staat und Organisation entbehren konnte, weil er den Wettkampf auf eigene Faust führen konnte, war das Ideal der Pioniere des modernen Kapitalismus. Und mit Verachtung blickte man auf jene Schwächlinge herab, die nach Staat und Organisation riefen, weil sie zu sich selbst kein Vertrauen hatten.

Zunächst hatten die Anhänger der Staatsintervention natürlich einen festen Stand, weil das Nichtinterventionsprinzip die hervorragendsten Geister der damaligen Zeit beherrschte und weil auch der Staat selbst wenig Lust zeigte, den Wünschen der Sozialisten nachzukommen. Im Gegenteil, er unterdrückte mit rauher Hand alle proletarischen Bestrebungen, die darauf hinausliefen, ihn zu einem Eingreifen zu veranlassen oder zu zwingen, und auch das kapitalistische Unternehmertum tat alles, was in seiner Macht stand, nur den Sozialismus in der Wurzel zu extirpieren. Während das Schlagwort: „Selbsthilfe“ in die Massen geworfen und als die Kluge höchster Lebensweisheit hingestellt wurde, überschüttete man den Ruf nach Staatshilfe mit Spott, Hohn und Verachtung. Dies wirkte natürlich auf die Massen, deren proletarisches Klassenbewusstsein noch nicht genügend entwickelt war, und darum blieben denn die Führer des Proletariats Jahrzehnte hindurch Offiziere ohne Soldaten.

Inzwischen gewann der Gedanke, daß der Staat gewisse soziale Pflichten zu erfüllen habe, immer mehr an Boden. Angesichts der deutlich wahrnehmbaren geistigen und körperlichen Entartung der Arbeitermassen, die besonders in der zunehmenden Sterblichkeit und Demoralisierung der Unterschichten zutage trat, dümmerte in den Köpfen menschenfreundlicher Männer allmählich die Erkenntnis auf, daß etwas geschehen müsse gegen die Verelendung der Massen und daß der Staat hierzu die berufendste Instanz sei. In England, wo der Kapitalismus die größten Verheerungen angerichtet hatte, gewann diese neue Auffassung zuerst praktische Gestalt. Die englische Regierung besann sich auf ihre Pflicht. Allerdings wagte sie es damals noch nicht, in die wirtschaftliche Freiheit empfindlicher Männer — Unternehmer und Arbeiter — einzugreifen, wohl aber hielt sie sich für berechtigt und verpflichtet, die Arbeitsbedingungen unzulänglicher oder halbunzulänglicher Personen — Kinder, junge Leute und Frauen — zu regeln. Der Staat warf sich als Vormund dieser Arbeiterkategorien auf, um ihre Gesundheit, ihre Arbeitskraft und ihre Sittlichkeit zu schützen. Aber selbst hiergegen bürdeten sich die Verfechter der wirtschaftlichen Freiheit auf und mit einem wahren Fanatismus, der noch heute ganz unerschütterlich dochmannt, wandten sie sich gegen das staatliche Eingreifen in das Wirtschaftsleben. Man brauchte nur die Kämpfe und Diskussionen jener Jahre zu verfolgen, um zu erkennen, wie hartnäckig das Nichtinterventionsprinzip selbst von vernünftigen und wohlmeinenden Leuten vertreten wurde. Aber der Widerstand war vergeblich, die Manchesterlernte wichen Schritt für Schritt zurück und heute gibt es wohl keinen Politiker und Volkswirtschaftler mehr, der bestreiten möchte, daß der Staat unter Umständen nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht hat, in das wirtschaftliche Leben einzugreifen. Strittig ist nur die Frage geblieben, wann ein solches Eingreifen am Platze ist und auf welche Dinge es sich zu erstrecken hat.

Wie es immer zu gehen pflegt, so schossen die Anhänger des Interventionsprinzips bei der Agitation weit über das Ziel hinaus, indem sie die Behauptung aufstellten, daß der Staat möglichst das ganze wirtschaftliche, soziale und sozialgeistige Leben zu regeln habe. So entstand der Staatssozialismus, ja sogar der Glaube an die

Allmacht des Staates. Man fiel von dem einen Extrem ins andere, und während es früher für ausgemacht galt, daß der Staat sich um gar nichts zu kümmern habe, vertrat die Fanatiker des Staatsgedankens den Grundsatz, daß der Staat sich um alles kümmern müsse. Man schrieb dem Staate übernatürliche Kräfte und Fähigkeiten zu, und es gab bald kein Gebiet mehr, auf dem man ihm nicht Aufgaben und Arbeit zuwies. Die konsequenten Staatssozialisten malten sich in ihrer Phantasie einen Sozialstaat aus, in dem die Behörden das wirtschaftliche Leben von einer Zentralstelle aus leiten, in dem sie jedem arbeitsfähigen Bürger seine Stellung anweisen und seine Entlohnung zurechnen, in dem sie auch das Geistesleben von oben herab regeln, in dem sogar die Kinder von Staatswegen aufgezogen und erzogen werden. Im Handumdrehen war der sozialistische Zwangsstaat fix und fertig.

Wenn ein an und für sich richtiger Gedanke zu sehr überhandt wird, so wird er schließlich unhaltbar, und so geriet auch bald der Glaube an die Staatsallmacht ins Wanken. Es tauchten Zweifel auf, ob denn auch der Staat imstande sei, alle ihm zugewiesenen Aufgaben zu lösen, selbst wenn er hierzu den besten Willen habe. Man beschäftigte sich wieder mehr mit dem Wesen des Staates und man erkannte die Grenzen seiner Wirkungsmöglichkeit. Die Überzeugung setzte sich durch, daß es gewisse Arbeitsgebiete gibt, die der Staat nicht besetzen kann, die vielmehr der privaten Tätigkeit überlassen bleiben müssen. Es regte sich in den Köpfen von neuem wieder der Traum, sich mit gleichgesinnten und gleichlebenden Genossen zusammenzuschließen, um mit Hilfe der Organisation das wirtschaftliche, soziale und geistige Leben zu beeinflussen und zu beeinflussen. Man wollte solche Arbeit tun, die notwendigweise getan werden muß, die der Staat aber seiner ganzen Natur nach nicht leisten kann. Die moderne Menschheit, die zwischen dem heiden Ektremem: Staatsverneinung und Staatsallmacht hin und her schwankte, einigte sich wieder auf die goldene Mittelstraße und die Gegensätze: Staatshilfe oder Selbsthilfe? lösten sich auf in die höhere Einheit: Organisierte Selbsthilfe unter dem Schutze und der Förderung durch den Staat. Das ist der Standpunkt, den wir in dieser und sozialempfindende Menschen heute einnehmen.

Es ist eine eigenartige Erscheinung, daß wir Gegenwärtigen das Bedürfnis in uns verspüren, uns organisatorisch innerhalb des Rahmens unseres Staates zu betätigen. Wir fühlen uns gewissermaßen vereint in der him- und herflutenden Masse, die den Staat ausfüllt, und dies Gefühl der Vereinigung treibt uns dazu, Anknüpfung zu suchen und eine Vereinigung herzustellen, in der wir uns gegenseitig ansprechen, in der wir uns aneinander anlehnen, in der wir uns zu Schutz und Trutz verbinden können. Je größer ein Staatsgebilde ist, desto mehr sprechen die kleineren Lebens- und Arbeitsgemeinschaften aus dem Boden hervor. In einem dürftigen Gemeinwesen, das die Menschen noch wie eine große Familie umschließt, macht sich dies Bedürfnis weniger bemerkbar, kommt ein Mensch aber in eine Großstadt, so tritt es ihn, sich irgendwo anzuschließen. Er kommt sich einsam und verlassen vor in dem Krabal und Durm der großen Stadt und er ruft nicht eher, bis er eine engere Gemeinschaft gefunden hat, in der er leben und wirken kann. Der Mensch muß eben außerhalb seiner Berufstätigkeit noch etwas um die Hand haben, was sein Gemüt erheitert, seinen Geist anregt und seinen Tätigkeitsdrang befriedigt. Daher die zahllosen Vereine und Vereinen, die sich innerhalb des Staates bilden.

Das Bedürfnis nach Zusammenschluß können wir in der Menschheit von den frühesten Zeiten an beobachten. Aus den Reden der Urväter tauchen die Menschen in Gesellschaftsverbänden und Arbeitsgemeinschaften, als Familien

Kämpfe alles aufgegeben werden müsse, damit auch für neuen Reichstage die Gewerkschaften mindestens wieder die politische Stimme besäßen.

Die christlichen Gewerkschaftsführer mußten ganz beschuldete Köpfe sein, wenn sie den politischen Kampf gerade an sich vorbeiziehen ließen. Werden doch erst durch die Reichsgesetzgebung die Vorbedingungen geschaffen, unter denen sich die Gewerkschaftsbewegung entwickeln kann.

Das ist an sich ein ganz vernünftiger Standpunkt. Wie konnten aber diese christlichen Gewerkschaftsführer dazu, die freien Verbände wegen derselben Aufzählung zu verächtlich und sie zu demütigen als politische Vereine?

Im Königreich hielt am 20. Dezember 1908 der christliche Gewerkschaftsverband der Bergarbeiter eine Mitglieder-versammlung ab, die fast ganz von der Grönderung politischer Fragen ausgefüllt wurde. In der Hauptsache handelte es sich um die politische Gemeindevorwahl, bei der der Gewerkschaftsverband durchgefallen war. Gewerkschaftler, die liberal gewählt hatten, wurden in der Veranstaltung gering abgewertet, während sich einer dieser Liberalen in der „Hattinger Zeitung“ bitter beklagte.

Es ist übrigens schon öfter vorgekommen, daß Gewerkschaftsführer aus der Reihe tanzten und zur Wahlbestimmung statt des Zentrums die Nationalliberalen wählten. So in Saarbrücken bei der Reichstagswahl von 1907. Dort wurden die Mitglieder des christlichen Gewerkschaftsverbandes von ihrem Ortsvorstand zum Besuche der nationalliberalen Parteiversammlung am 5. Februar in den Saalbau in Saarbrücken bestellt und ihnen Fähr- und Beförderungskosten erstattet, damit nur der Oberbürgermeister Billig in der Reichstagswahl kam. In der gewerkschaftlichen Gewerkschaftsversammlung machte die Sache viel böses Blut und konnte nur mit Mühe wieder eingedämmt werden.

Mit welcher Selbstverständlichkeit die Ortsvereine der christlichen Gewerkschaften als Wahlvereine fungieren, ist recht deutlich zu erkennen an der Tätigkeit der „Hattinger Zeitung“ des christlichen Gewerkschaftsverbandes der Bergarbeiter. In einer Nummer stellte sie 1907 zwei Gewerkschaftskandidaten für die Gemeindevorwahl auf. Dem die evangelischen Bergarbeiter zur Stimmabgabe für die Gewerkschaft zu bewegen, wurde ihnen versprochen, daß 1909 ein evangelischer Bergmann als Zentrumskandidat aufgestellt werden sollte.

Das geschah 1909 nahm eine Funktionärsversammlung des christlichen Gewerkschaftsverbandes wiederum die Aufstellung der Kandidaten vor und erließ dazu einen evangelischen Bergarbeiter, der auch gewählt wurde. Vorher war er auf dem Parteitag des christlichen Gewerkschaftsverbandes gefällig bearbeitet und auf das „Kommunalsprogramm des Zentrums“ verpflichtet worden. Der evangelische Zentrumskandidat konnte nicht lange seines Amtes walten. Er wurde von einem katholischen Zentrumsmann — seinem Betriebsführer — gekündigt und mußte die Gemeinde verlassen.

Im Jahre 1911 rückte es der christliche Gewerkschaftsverband und Knappschaftskasse W. ein Protestant, als Vertreter des „Kriegsvereins“ bei der Gemeindevorwahl in Zutropfen zu kandidieren. Dafür wurde er in der Konferenz des christlichen Gewerkschaftsverbandes, die kurze Zeit darauf in Kirchhellen tagte, heftig angegriffen. Besonders der Gewerkschaftsleiter W. machte ihm Vorwürfe darüber, daß er sich mit seiner Kandidatur gegen das Zentrum erklärt habe. Seine Verurteilung auf die politische Neutralität fand im Gebiet, er wurde niedergeschrien und vom Parteitag ausgeschlossen. Er wurde ihm erklärt, daß er das nächste Mal wieder als Knappschaftsleiter aufgestellt werde.

Auch in Paderborn wurden die christlichen Gewerkschaften bei Gemeindevorwahl. Auch bei der vorletzten Wahl stellte die christliche Gewerkschaftskasse in einer Sitzung die Kandidaten für die dritte Klasse auf, die dann auch vom Zentrum unterstellt wurden.

Die Gewerkschaftsversammlung des christlichen Gewerkschaftsverbandes der Bergarbeiter stellte zur Generalversammlung 1913 Verlangen im Jahre 1909 folgenden niedrigen Antrag (Nr. 4 des Protokolls):

Die Gewerkschaftsversammlung wolle beschließen, daß der 7. § des Statuts dahin auszuliegen ist, daß Mitglieder, welche bei Wahlen im ersten Wahlgang dem Sozialdemokratischen ihre Stimme geben, ausgeschlossen werden können. Ist mensündigen Kompromissen jedoch nicht.

Durch Zeitungsnotizen rechtzeitig gewarnt, unterließ es die christliche Gewerkschaftsversammlung, den Antrag zu verhandeln. Daß nicht ein einziger, sondern die Vertreter einer ganzen großen Partei einen solchen Antrag stellen können, läßt immerhin Schlüsse zu auf die Gesinnung der christlichen Gewerkschaft.

Die Vorgänge bei der Reichstagswahl von 1912 sind noch in frischer Erinnerung. Wenn dies dahin ein Zweifel möglich war an dem politischen Charakter der christlichen Gewerkschaften, so wurde er gänzlich zerstreut. Die moralischen eigentlichen Wahlkämpfer — ihnen hat das Zentrum eine große Anzahl Mandate zu verdanken. In noch mehr die politische Vertiefung hat den Christlichen so tief im Sinne, daß sie sogar, entgegen ihrer Meinung, den Sozialdemokratischen Mandate zuzuschicken. Ohne die heftige Teilnahme der christlichen Gewerkschaften wären zum Beispiel die Reichstagswahlen in Paderborn von dem Sozialdemokraten nicht behält worden. Im weidewärtigen Wahlbezirk hätten die Sozialdemokraten bei Stichwahlen zwischen ihnen und der sozialdemokratischen Kandidaten ihren und der sozialdemokratischen Kandidaten Vorrang nicht zu tun brauchen — so energisch trat der Sozialdemokrat der christlichen Gewerkschaften für sie ein.

Diese Zielvorgabe der Christlichen entspringt keinem opportunistischen Instinkt, sondern nur lange vorher im Sinne des Zentrumskandidaten festgelegt worden. Dort sitzen die Kandidaten, die die christlichen Kreisläufe am Sozialdemokraten und nach den diplomatischen Intentionen der Gewerkschaften handeln lassen. Ein Gewerkschaftsführer hatte über ein ganzes Jahr vor der Wahl angesetzt. Der Gewerkschaftsleiter des christlichen Gewerkschaftsverbandes der Bergarbeiter Paderborn, legte bereit am 15. Januar 1911 in einer Versammlung in Gernro:

Wenn die nationalliberale Partei im Wahlkreise Paderborn-Gelsenkirchen einen annehmbaren Kandidaten aufstelle, und dieser mit Otto Gué in die Stichwahl komme, dann seien für Otto Gué die schönen Tage von Kranzberg vorbei.

Der Zentrumskandidat ging so viel Neugierigkeit wider dem Stadt. Denn die Nationalliberalen bestanden Güstes Mittel und sollten einen christlich organisierten Bergmann auf. Um nun zu verhindern, daß etwa die christlichen Arbeiterkassen schon im ersten Wahlgang dem Nationalliberalen zufielen, schrieb die „Gelsenkirchener Zeitung“:

Jedenfalls muß es aber entschieden präzisieren werden, wenn man liberalerseite die christlichen Gewerkschaften wahlpolitisch zu beeinflussen sucht. Wir weisen darauf hin, um der nationalliberalen Partei zu zeigen, daß sie, falls mit ihrer Arbeiterkandidatur ein Stempelung in fremden politischen Jagdgründen beschuldigt sein sollte, sie sich damit in einem großen Irrtum befindet.

Fremde politische Jagdgründe sind die christlichen Gewerkschaften für jede andere Partei — diese Jagdgründe hat das Zentrum im Gesicht. Daß es 1912 demnach die liberalen Jagdgründe in seine Jagdgründe hineinließ, verschuldet die Unstetigkeit vor dem roten Jäger.

Solche Dinge können den Wählern der Befehle nicht verborgen bleiben. Wie kommt es aber, daß von den Behörden noch nichts gegen die politischen christlichen Gewerkschaften unternommen wurde, während man jahrelang die Zeitungen, Flugblätter und Protokolle von freien Gewerkschaften durchsuchte, um sie politischer Betätigung heischigen zu können? Die Antwort darauf gibt nachstehendes:

In Hagenburg fand am 12. August 1911 ein Katholikentag für Schleswig-Holstein statt. Ein Angehöriger des katholischen Volkvereins — Dr. Sonnenstein aus Mönchen-Gladbach — hielt einen Vortrag über den Merkantilismus und kam dabei auf die christlichen Gewerkschaften zu sprechen. Der Mönchen-Gladbacher Arbeiter sagt wörtlich:

Der Kern und die Entlohnung der christlichen Gewerkschaften ist durchaus konfessionell. Wie die Sache angeht, kann ich Ihnen versichern, daß die bedeutendsten konfessionellen Führer und unsere bedeutendsten Staatsmänner — ich will keine Namen nennen — eingeschrieben haben, daß es unter allen Umständen gelingen muß, die christlichen Gewerkschaften hochzuhalten, koste es, was es wolle, um die sozialdemokratische Gefahr zurückzuhalten.

Dr. Sonnenstein hat damit jedenfalls die Wahrheit gesagt. Denn es sind seit der christlichen Gewerkschaften von konfessionellen Führern und von Staatsmännern öfters Komplimente gemacht worden für ihre „konfessionelle Haltung“ bei Wahlen und bei Streiks. Er habe im Januar 1912 der Reichstagswahl in Gernro dem Reichstagswahlbelegbuch den Sieg der nationalliberalen Partei gemeldet. Der Reichstagswahlbelegbuch antwortete:

Verständlichen Dank für die Bekämpfung des Wahlverfalls. Dieser Sieg bedeutet einen schönen Erfolg der patriotischen Haltung der christlich-nationalen Arbeiterkraft und des hingehenden Wirtens ihrer Führer.

Reichstagswahl v. Reichmann-Gölling.

Es bestätigt der Richter das, was an anderer Stelle über die politische Tätigkeit der christlichen Gewerkschaften beim Wahlkampf 1912 gesagt ist. Es sind nur die christlichen Gewerkschaften mit der „christlich-nationalen Arbeiterkraft“ gemeint, denn die andern, die „wilden“ Christen, haben keine Führer, die hingehalten werden können.

Damit wollen wir für heute die „politisch neutralen“ christlichen Gewerkschaften verlassen. Sie tragen durchaus kein Verlangen danach, daß sie von den Behörden politisch erklärt werden. Es hiesse den herrschenden Gewalten zu viel Selbsterleugnung zuzumuten, wenn sie mit ihren Wahlhelfern und Streikbrechern so unglücklich verfahren sollten, wie mit den freien Arbeitern. Unvermeidbar fallen die Christlichen ruhig bleiben, was sie sind. Aber zeigen wollen wir mit Vorbedacht, wie es im Reichstagswahlbelegbuch eben nicht daselbst ist, wenn zwei daselbst tun.

Die Arbeitslage

Die Lage des gewerblichen Arbeitsmarktes im Monat April hat nach den vorliegenden Berichten eine Besserung erfahren. Diese erstreckt sich allerdings nur auf einige Gewerbezweige, insbesondere Eisengewerbe, wählige andere Gewerbe weisen noch keine Besserung auf. Von den großen Industrien war der Kohlenbergbau etwas besser beschäftigt als im Vormonat. Die elektrische Industrie und die chemische Industrie konnten den guten Geschäftsgang der Vormonats ausreicht erhalten. Das Berggewerbe hat sich weiter erholt. In der Holzindustrie trat der Jahreszeit entsprechend ein Rückgang der Beschäftigung ein. Aus der Textilindustrie, dem Holzgewerbe und der Kautschuk- und Gummimittelindustrie wird gleichfalls über einen Rückgang berichtet. Wenig befriedigende Geschäftslage herrschte auch in der Metall- und Maschinenindustrie. Die an das „Reichsarbeitsblatt“ berichtenden Krankenkassen hatten vom 1. April bis zum 1. Mai für die in Arbeit befindlichen Mitglieder eine Zunahme der Beschäftigten auf insgesamt 339.468 Mitglieder oder 3,70 pSt. In der Zunahme waren die männlichen Mitglieder mit 3,22 pSt. die weiblichen mit 3,67 pSt. beteiligt. Nach diesen Zahlen hat die Besserung des Beschäftigungsstandes gute Fortschritte gemacht. Dasselbe ist der Fall der Arbeitsnachweise zu entnehmen. Bei den an das Reichsarbeitsblatt berichtenden Krankenkassen entfielen im April auf 110 offene Stellen 161 Arbeitsgesuche männlicher Personen gegen 173 im Vormonat und 169 im April 1913.

Die Nachfrage weiblicher Personen hat sich etwas gehoben auf 100 offene Stellen entfielen 94 weibliche Arbeitsnachweise gegen 92 im Vormonat. Die Besserung des Arbeitsmarktes kam sowohl in der Hauptsache den männlichen Personen zugute, während für die weiblichen die Lage etwas ungünstiger war als im Vormonat.

Für die Forderungen und Kandidaten wurden bei den bestehenden Arbeitsnachweisen im April 7339 offene Stellen gebrucht. Diefen standen 11.004 Arbeitsuchende gegenüber.

Defizit wurden 772 Stellen. Auf 100 offene Stellen entfielen 150 Arbeitsuchende gegen 149 im gleichen Monat des Vorjahres und 152 im März 1914. Gegenüber dem Vormonat hat sich also auch bei unsern Berichten die Arbeitslage etwas gebessert. Die Vermittlungstätigkeit und die Arbeitslage in dem einzelnen Landesgebieten war folgende:

Landesgebiete	Jahr der			Auf jede offene Stelle entfallende Arbeitsuchende		
	April 1914	April 1913	April 1912	April 1914	April 1913	April 1912
Preußen Ost- und Westpreußen	27	18	12	1,50	1,74	1,90
Berlin und Provinz Brandenburg	3244	2403	2485	1,35	1,19	1,25
Provinz Hannover	148	124	119	1,19	1,62	1,72
Bayern	30	32	22	0,94	1,17	1,07
Sachsen	142	64	50	2,22	1,91	1,20
Sachsen-Altenburg	266	170	153	1,57	1,48	1,48
Sachsen-Weimar	124	58	58	2,14	2,40	2,68
Sachsen-Meiningen	227	168	158	1,35	1,44	1,27
Westfalen	546	221	146	2,47	3,03	1,99
Westfalen-Lippe	520	263	229	1,98	2,35	2,70
Rheinland	340	129	107	2,63	3,77	2,43
Königreich Bayern	844	398	370	2,11	2,12	3,62
Sachsen	1120	744	742	1,46	1,59	1,28
Württemberg	470	415	289	1,13	1,24	1,01
Großherzogtum Baden	604	413	361	1,46	2,10	2,05
Württemberg	193	109	83	1,79	2,10	2,22
Unter den Bundesstaaten	91	41	29	2,22	2,56	2,52
Staat Hamburg	1744	1261	1272	1,36	1,42	1,42
Sachsen-Anhalt	333	277	188	1,20	1,30	1,77

Gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres ist eine Zunahme des Antrages von Arbeitsuchenden festzustellen für Berlin und Brandenburg, Sachsen, Provinz Sachsen, Hannover, Westfalen, Rheinland, Königreich Sachsen und Württemberg. Die Abnahme des Antrages ist vor größerem Umfang in Hannover, Schleswig-Holstein, Hessen-Nassau, Königreich Bayern, Großherzogtum Baden und in Elsaß-Lothringen. Gegenüber dem Vormonat gemindert sich das Verhältnis anders. Bei diesem Vergleich ist nur für vier Landesgebiete (Berlin und Brandenburg, Sachsen, Provinz Sachsen und Königreich Sachsen) ein stärkerer Anstieg von Arbeitsuchenden zu konstatieren; in allen andern Gebieten war eine relative Verminderung der Arbeitsuchenden zu beobachten. Der größte Anstieg von Arbeitsuchenden war im Reichstagswahlbezirk bei den Reichstagswahlen in Rheinland, Westfalen, Sachsen, Schleswig-Holstein und Königreich Bayern. Die geringsten Arbeitslosen im Verhältnis zu den offenen Stellen hatten die Reichstagswahlbezirke in den Provinzen Posen und Hannover, in Württemberg und in Elsaß-Lothringen. Vollkommen gültige Schlüsse lassen sich aus den Verhältnisziffern nicht ziehen, wie schon mehrfach an dieser Stelle gesagt wurde. Die Aufwandsseite der einzelnen Arbeitsnachweismittel läßt immer einen gewissen Einfluß auf die Ergebnisse aus. Die Verhältnisse in der Holz-, Metall- und Jutewarenindustrie laßt nach einem weiten Maßstab ab. Auch dieses Jahr ist nach einem flotten Aufschwung schwächerer Geschäftsgang eingetreten, doch war dieser nicht so sichtbar wie im Vorjahr, weil infolge der neuen Preise von Holz und Südkleber größere Aufträge nach Jutewaren vorlag. Die Kontraktion der Endnachfrage auf dem Gesamtmarkt ist in den letzten Jahren weit größer geworden als im allgemeinen bekannt ist. Eine Besserung der Endnachfrage macht sich durch eine bessere Beschäftigung in der Jutewarenindustrie sichtbar.

Schließungswirtschaft in Westpreußen

Wenn man die amtlichen Angaben der Gewerkschaften in Westpreußen über das Jahr 1913 einer Durchsicht unterzieht, läßt man auf geradezu unglaubliche Zustände in der Schließungswirtschaft des Berggewerbes. Wir wollen die wichtigsten Zahlen reher lassen. Die Dinge liegen wie folgt:

Bezirksgebiet	Jahr der Betriebe	Beschäftigte Personen	Beschäftigte Schichtarbeiter
Danzig-Stadt	142	229	137
Danzig-Göthe	36	53	15
Danzig-Neudamm	36	52	4
Rasthaus	22	20	6
Rechen	46	50	38
Danzig	21	10	10
Göding-Stadt	36	87	57
Göding-Land	38	16	11
Stettin	43	53	25
Marienthal	76	61	49
Stettin	32	20	38
Grandsberg-Stadt	41	44	40
Grandsberg-Land	26	8	10
Marienthal	46	37	45
Hafenberg	42	33	35
Schwarz	63	38	26
Stettin	41	20	13
Stettin-Land	55	59	59
Stettin	31	35	11
Stettin	27	13	31
Göding	26	14	30
Göding	30	11	21
Stettin	46	19	25
Stettin	46	26	37
Stettin	46	19	25
Stettin	37	25	19
Stettin	40	8	10

Diese amtlichen Zahlen zeigen uns das Bild einer wirklich skandalösen Lehrlingszüchterei. Selbst in der Provinzialhauptstadt ist die Zahl der Lehrlinge entsetzlich hoch. Wenn auf drei Gesellen ein Lehrling kommt, ist schon für genügenden Nachwuchs gesorgt. Aber in elf Kreisen beschäftigen die hiesigen Vätermeister mehr als Lehrlinge als Gesellen; es ist dies in Luchel, Platom, Komitz, Staroburg, Loban, Gulm, Brisen, Rosenbergl, Marienberg, Grandenz-Land und Dr. Stargard der Fall. Selbstverständlich im Interesse des Handwerks: Was soll aber aus den jungen Leuten werden? Sofort nach Beendigung der Lehre, nachdem ihre Arbeitskraft in zwölf bis vierzehnjähriger Arbeitszeit verberbt ist, müssen sie andern Lehrlingen Platz machen. Und Tatsache ist, daß diejenigen Meister, die die größte Zahl der Lehrlinge ausbilden, überhaupt keine Gesellen beschäftigen. Die jungen Gesellen verpassen dann ihr Glück in der Großstadt und das Lebensangebot von Arbeitskräften drückt dort den Lohn. Der große Teil findet aber trotzdem keine Arbeit in seinem Beruf und muß ihr Wohl überdies abgeben. Die Lehrlinge sind im wesentlichen gemein — als die Kinder der Eltern waren sie es auch und werden es bleiben. Durch vorübergehende Zusammenstellungen erreicht man aber auch nur bestenfalls wenig der Besserung in den unteren Stufen in den wirtschaftlichen Verhältnissen zu bearbeiten hat. Wir werden selbstverständlich den Kampf gegen diese Lehrlingszüchterei nur in energischerer Weise führen, je mehr Hindernisse wir bieten und überall, besonders in den kleineren Städten, die Berufskollegen und die allgemeine Bevölkerung immer wieder über das Bedenkliche solcher Zustände durch Wort und Schrift aufklären. Vielleicht können auch die arbeitsfähigen bürgerlichen Väter aufgefordert werden, daß sie ihre Söhne über die abstoßende Lehrlingszüchterei im Handwerksberuf aufklären! Wenn, wie im vorliegenden Falle, 25 bis 28 aller beschäftigten Personen eines Betriebes Lehrlinge sind, ist dies ein jüngerer Zustand, der sich nur durch verständiger bürgerlicher Väter auf das Geschäftsbetrieb geachtet werden sollte. Versprechen ist ein Schandfleck des Handwerks!



Verbandsnachrichten.

Schlussung des Verbandes.

Auf Antrag der Jährliche Seizsig wurde Otto Müller (Bsch. Nr. 16944) aus dem Verbands aus geschlossen.

Der Mitglied Karl Kirchner (Bsch. Nr. 19619) ist in München i. G. des Mitgliedschafts gestrichen worden. Seine des Bsch. zweis. Abhebung von Untersuchung irgendwas vorgelegt werden, ist es eingeschalten mit der Hauptverwaltung eingeleitet.

Der Verbandsterbtafel.

Sterbetafel.

Berlin. Otto Fischer, Komitor. 49 Jahre alt, gestorben am 21. Mai.

München. Georg Gaudel, Obsterblicher, 42 Jahre alt, gestorben am 21. Mai.

Ehre ihrem Andenken!

Schulungsgesetz und Strafen.

Die Schulungsgesetz über Schulungsgesetz werden erachtet, bei dem Schulungsgesetz über Schulungsgesetz und bei dem Schulungsgesetz über Schulungsgesetz.

Verband.

Die Schulungsgesetz über Schulungsgesetz in München. Die Schulungsgesetz über Schulungsgesetz in München. Die Schulungsgesetz über Schulungsgesetz in München.

Der Schulungsgesetz über Schulungsgesetz für München. Der Schulungsgesetz über Schulungsgesetz für München. Der Schulungsgesetz über Schulungsgesetz für München.

Schulungsgesetz über Schulungsgesetz. Schulungsgesetz über Schulungsgesetz. Schulungsgesetz über Schulungsgesetz.

Schulungsgesetz über Schulungsgesetz. Schulungsgesetz über Schulungsgesetz. Schulungsgesetz über Schulungsgesetz.

Schulungsgesetz über Schulungsgesetz. Schulungsgesetz über Schulungsgesetz. Schulungsgesetz über Schulungsgesetz.

Schulungsgesetz über Schulungsgesetz. Schulungsgesetz über Schulungsgesetz. Schulungsgesetz über Schulungsgesetz.

treten lassen will, entspringt wohl der gleichen vornehmen Meinung. Da hofft man im stillen auch, bis zu diesem Termin vielleicht mit Hilfe gelinderen Druckes die „unzufriedenen Elemente“ unter den Gesellen aus Ludwigshafen hinausgedrückt zu haben, um dann leicht die Lohnminderung umgehen zu können. Das Gebaren der Innungsleitung wurde in der Versammlung vor allen Seiten als eine Verhöhnung der Gehilfenschaft bezeichnet und einstimmig beschlossen, diese „Zugehörnisse“ der Innung abzulehnen, namentlich aber die Forderungen der einzelnen Meister zu unterbreiten. Die Verhandlung wurde beauftragt, alle erforderlichen Mittel zur Durchführung unserer berechtigten Wünsche in Anwendung zu bringen.

Tarifabschluss in Rengberg (Bezirk München).

Seit mehreren Jahren versuchte die Organisation, in diesem Bereich die Gehilfen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Kollegen tariflich zu regeln. Ein Teil der Vätermeister mußte dies bisher in geheimer Weise zu bereiten. In diesem Jahre wurden der Geschäftsinhaber Forderungen unterbreitet, aber prompt von einem Teil jeder tarifliche Regelung abgelehnt. Damit gab sich natürlich die Gehilfen beziehungsweise die Organisation nicht zufrieden. Die Münchener Schwarzmaier, allen voran der bekannte Herr Hoffmann mit der „großen“ Gehilfenliste, schickten die Vätermeister zum öffentlichen Widerstand auf. Hoffmann bezeichnete die Forderung auf einen Aufschlag als eine Unverschämtheit und meinte, dem Herrn Vätermeister wird die richtige Abfuhr zuteil werden. Sie sehr zu das Schwarzmaierlein getauscht hat, bewies nachstehender Tarifabschluss.

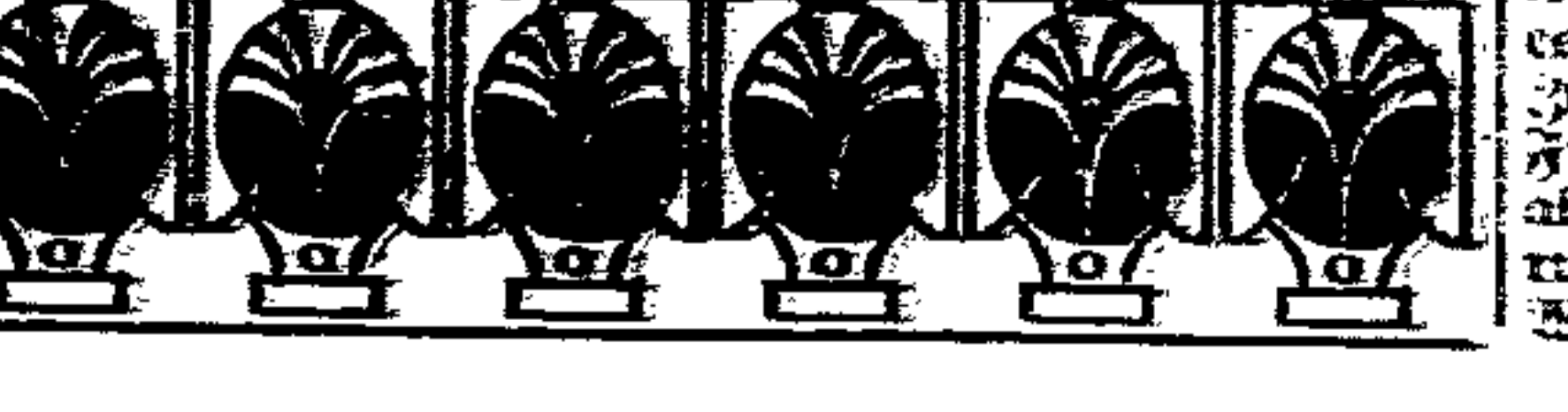
In dem abblehenden Verhalten der Vätermeister nahm eine stark beachtete Selbstversammlung in Rengberg Stellung und verhängte über die Schwarzmaier der nichtwilligen Väter die Strafe der Exkommunikation, der in schärfster Weise einsetzte. Bereits am vierter Tage wählten die betreten Vätermeister Führung mit der Organisationsleitung, um die Angelegenheit zu regeln. Die Erfahrungen, die diese Geschäftsinhaber wieder einmal machen mußten, waren recht bittere. Eingeleitet durch Hoffmann, der auch dieser Vätermeister den Inhalt der Schwarzmaier-Gehilfenliste in Aussicht stellte (es sind wohl noch dieselben Mittel, die den Münchener Vätermeistern versprochen, aber trotz empfindlicher Schadens nicht anbezahlt worden sind), glaubten sie aller Vermunft wegen zu müssen. Die Wirtschaftlichkeit beehrte sie aber, daß lang Schwarzmaierstücke die Vätermeisterherlichkeit dann ein Ende nimmt, wenn die Konsumenten den Strafbuß empfinden. Die Schwarzmaier haben wieder einmal Recht gehabt.

Der Tarifvertrag, welcher mit sämtlichen Vätermeistern abgeschlossen wurde und für 13 Gehilfen in Frage kommt, lautet:

Tarifvertrag.

Zwischen der unterzeichneten Herrn Vätermeistern in Rengberg und Umgebung einerseits und dem Zentralverband der Väter, Komitaten usw. Deutschlands, Jährliche Münchener, andererseits kann nachfolgender Tarifvertrag zustande.

- A. Arbeitszeit. 1. Die Arbeitszeit ist einschließend der notwendigen Späts- und Ruhepausen die gesetzliche. 2. Für geistlich erlassene Überstunden sind pro Stunde nach Tarif 50 % zu bezahlen.
 - B. Löhne. 3. Der Mindestlohn beträgt für den letzten Gehilfen (Kapitel 2), der selbe beträgt sich nach zwei Jahren, das ist am 1. Mai 1916, um 10 %.
 4. Die Löhne aller übrigen Gehilfen erhöhen sich sofort um 10 % und nach Verlauf von zwei Jahren ebenfalls um weitere 10 %.
 5. Kandidaten erhalten den Lohn des Risikors.
 6. Gehilfen, welche beim Abgang abtreten, erhalten pro Woche 20 % Zuschlag.
 7. Für Ausstellen ist von Nacht und Gehilfen 40 % in dementsprechender Stelle weite zu bezahlen. Jahrgelder sind extra zu bezahlen.
 8. Die Lohnzahlung erfolgt Sonntags nach erfolgter Arbeitszeit.
 9. Jubiläumsgeld und Best zum eigenen Gebrauch wird wie bisher gehen.
 10. Für berufsunfähige sonstige Naturalien darf vom Lohn nichts in Abzug gebracht werden.
 11. Wenn die gewöhnliche Wohnung den behördlichen Anforderungen nicht entspricht, ist den Gehilfen die Wohnung außer Haus zu gemietet und dafür pro Woche und Gehilfen 20 % zu entrichten.
 - C. Erziehungsbeitrag. 12. Jedem Gehilfen ist innerhalb dreier Wochen eine sechsmonatige Ruhezeit zu gewähren ohne Verminderung der Arbeitskräfte; es sind demnach in drei Wochen nur 20 Arbeitstagen zu leisten. Für geistliche Ausstellen sorgen im Einverständnis mit dem Arbeitgeber die Gehilfen.
 13. Selbstbindung an Stelle des Auftrages ist unzulässig.
 - D. Allgemeine. 14. Jeder Organisationszugehörigkeit und Eintragung für den Tarif durch den Arbeitgeber nicht erfolgen.
 15. Der Tarif ist an gut sichtbarer Stelle im Betriebe anzuhängen.
 16. Streitigkeiten, welche aus dem Tarif entstehen, werden durch die Vertragsstelle geschlichtet.
 - E. Tarifdauer. 17. Die Tarifdauer ist eine dreijährige und gilt für die Zeit vom 1. Mai 1914 bis 30. April 1917 mit monatlicher Kündigungsdauer. Erfolgt eine Kündigung nicht, so besteht der Vertrag jeweils auf ein weiteres Jahr.
- München, im April 1914.
(Unterschriften.)



Korrespondenzen.

(Berichte von Versammlungen finden nur Aufnahme, wenn sie von allgemeinem Interesse sind. Alle zur Veröffentlichung bestimmten Mitteilungen müssen mit dem Adressatenschein versehen und vom Versammlungsleiter gezeichnet sein.)

Väter.

Breslau. Am 23. Mai fand eine Versammlung der organisierten Väter des alten (bürgerlichen) Breslauer Konjunkturvereins statt. Die Versammlung, welche gut besucht war, nahm zum ersten Punkt einen Vortrag des Kollegen Vosse über das Koalitionsrecht der Arbeiter entgegen. Weiter beschäftigte sich die Versammlung mit Betriebsmängeln. Hierzu wurde folgende Resolution angenommen: Die heute, Sonnabend, 23. Mai, im hiesigen Gewerkschaftshaus verammelten Väter des alten Breslauer Konjunkturvereins protestieren auf das schärfste gegen die in letzter Zeit erfolgte Verstrafung einiger Kollegen. Sie erblicken in der Abkommandierung zu Hofarbeiten unzulässiger untergeordneter Arbeiten, wie sie von Seiten der Direktion zur Anwendung gebracht werden, eine Mißhandlung, herabsetzung gegenüber ihren Arbeitskollegen. Weiter wird Klage geführt über die mangelhafte Untersuchung der Fälle, welche zur Verstrafung der Kollegen geführt haben. Alle Anwesenden vertreten die Meinung, daß dieses Strafsystem für sie ein ungerechtes und beleidigendes ist; wogegen sie energig Front zu machen haben. Nachdem noch einige Verhandlungsangelegenheiten geregelt waren, wurde die im guten Geist verlaufene Versammlung vom Versammlungsleiter geschlossen.

Osabrück. Am 24. Mai fand hier eine öffentliche Väterversammlung statt. Kollege Sigusch referierte über: Unser Beruf und seine wahren und falschen Freunde. Erhielten waren circa 35 Kollegen. Der Referent führte vornehmlich die Errungenschaften unserer Organisation und zahlenmäßig führte er die verschiedenen Ausgaben für Unterstützung der Mitglieder an, die unser Verband im letzten Geschäftsjahr gehabt hat. Keine andere Organisation unserer Berufskollegen gibt es, welche ihren Mitgliedern derartiges bieten kann. Redner wies auch mit Zahlen nach, wie traurig es mit den christlichen und gelben Gewerkschaften bestellt ist und daß diese gar nicht in der Lage sind, etwaige Verbesserungen für die Kollegen zu heranzuführen. Finanzsinn sind sie gar nicht zu gestellt, daß sie überhaupt etwas unternehmen können. Wer nur zu geru tritt diese Gesellschaft in Städten auf, wo unsere Kollegen in Streik und Lohnbewegungen stehen, um ihnen da Knüppel zwischen die Beine zu werfen. So scheint es auch jetzt in Osabrück der Fall zu sein; denn in den kürzlich abgehaltenen Versammlungen traten die Christlichen, die hier bislang noch nicht erschienen, und trübten Verheerung der Kollegen. In der Diskussion machte sich wieder ein Vertreter der „Christen“ bemerkbar; es wurde ihm eine Viertelstunde Redezeit gewährt. Er beschuldigte sich in dieser Zeit nur damit, unsern Verband als sozialdemokratisch hinzustellen. Trotz der Zwischenrufe, er möchte auf die Leistungen seiner Gewerkschaft eingehen, haute er auf den Sozialdemokraten herum, bis seine Redezeit abgelaufen war. Später erklärte er, ihm sei das Wort abgeschnitten worden. Der Clangpunkt war, daß er auf die Fragen vom Beruf selbst nicht eingegangen war. Der gute Mann ist ja auch Dichter und hat seine Meinung, wie es im Väterhandwerk bestellt ist. Wenn sich die Osabrücker Brüdergeschäftsleute nicht anders informieren lassen können, sind sie zu bedauern. Mögen sie sich dem Zentralverband der Väter und Kandidaten anschließen, wodurch die einzige Möglichkeit zur Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse gegeben ist.

München. (Die gelben Vätergesellen als Förderer der Väterinnungskrankenkasse.) Die letzte unangenehme Neuigkeit auf dem Gebiete der Zerplitterung des Krankenversicherungswesens ist die Errichtung einer Innungskrankenkasse für das Vätergewerbe. Das Widerwärtigste an dem Vorgang aber ist, daß sich selbst Gesellen dazu hergeben, eine solche Zerplitterung, die nicht im Interesse der Versicherten liegt, mit herbeizuführen. Freilich sind es nur die Gelben und ein paar Meisterjöhne, die sich, wie immer, in das Schlepptau der Arbeitgeber nehmen lassen. Allerdings ist es eine geradezu jämmerliche Rolle, die sie dabei spielen. Am besten konnte man das am 20. Mai in einer Vätergehilfenversammlung beobachten, die vom Zentralverband einberufen worden war. Zunächst sprach Genosse Stadtverordneter Schmidt über: „Die Innungskrankenkasse als schädigendes Mittel gegen die Interessen der Gehilfen.“ In instruktiven Darlegungen zeigte er den Anwesenden die Vorteile der großen Krankenkassen gegenüber denen der kleinen. Es sind nicht die Arbeiter, die die Errichtung einer Innungskrankenkasse wünschen, sondern die Unternehmer, die danach trachten. Man will nicht den Versicherten Wohlstand erweisen; es soll damit nur das Innungsleben gestützt werden. Ein weiterer Zweck dieser Innungskassenspielei ist schließlich, gleichzeitig ein Kontrollbureau der Gesellen zu haben. Liegen doch Fälle vor, wo man den Arbeitsnachweis mit der Innungskrankenkasse verbunden hat. Dinge kommt, daß in den letzteren sehr oft eine unerhörte Mißwirtschaft getrieben worden ist. An einer Reihe von Beispielen führt er den Nachweis für diese Bekauptung. Gleichzeitig dürfte die Folge dieser Gründung sein, daß diejenigen Arbeiter, die wiederholt die Kasse in Anspruch nehmen, abgestrichelt und nicht weiterbeschäftigt werden. Den Meistern liegt eben mehr das Wohl der Kasse als das der Versicherten am Herzen. Mit aller Entschiedenheit müssen deshalb die Arbeiter derartige Sondergründungen bekämpfen. Der Gesellenschnitz hat sich in seiner Mangelhaftigkeit für die Innungskrankenkasse erklärt. Ein solches Vorgehen muß bestritten werden; denn nicht Innehalten tun uns vor, sondern große Einheitskassen, die wirklich leistungsfähig sind. Während dieser Ausführungen kamen es einige der Gelben nicht unterlassen, durch unruhige Zwischenrufe zu wirken. Dann wieder saßen die gelben Heuböllchen der Vätermeister mit überlegenem Lächeln da, als wenn sie schon große Defiziten in der Sozialversicherung vollbracht hätten. Als sie aber ihre Reden in Worten kundgaben, da merkte man, wie die es in ihren

gen auf diesem Gebiete aussieht. Eine Kasse müssen wir haben, tief einer aus, wo wir unsere Rechte haben und gut behandelt werden. Auch das weibliche Geschlecht wollen wir nicht haben; denn dadurch wird es viel billiger. Ueberhaupt soll nur Ungerechtigkeit in die Kasse der Gesellen kommen; da wird aber lange nichts draus. Dann kam das Gesellenauschussmitglied Spitzer zu Worte, der immer so spricht, daß man nicht recht klug aus seinem Munde wird. Er schimpfte auf die Zahnlinie, spielte sich auch als Tugendbold auf, indem er von den vielen Geschlechtskranken sprach, die auf Kosten der Kasse im Krankenhaus behandelt werden müßten und deshalb der Kasse viel Geld kosteten. Im nächsten Augenblick mußte sich aber der Sittensapostel vor einem eigenen Berufsgegner, der ihm sehr nahe steht, sagen lassen, daß seine Bemerkungen nicht zutreffen und sonach eigentlich unrichtig sind. Wieder ein anderer stellte die Behauptung auf, daß nur die Sticker und Maurer die Kasse ausnützten. Nachdem die gelben Knappen ihr Bemerkungsmaterial an den Mann gebracht hatten, wollten sie ihre Einseitigkeit mit einem Vortrag besonderer Feinheiten Coup krönen. Einer der Vortragenden verlas nämlich eine Resolution, in der die Zustimmung zu der Errichtung der Innungsstranzenkasse ausgesprochen wurde. Er wollte sie auch gleich selber zur Abstimmung bringen. Natürlich wurden die Herrschaften vom Vorsitzenden und den Anwesenden in ihrem Zurgehoört. Ob übrigens ein solches Kländchen ihr eigenes Produkt ist, möchten wir stark bezweifeln. Kräftig vorgemacht wurden die Meistertreuen noch vom Kollegen Gnaud, der ihnen unheimlich die Nase vom Gesicht rief. Gegenbelegte das Genosse Schirach. Hierauf folgte noch eine Abstellung des Gesellenauschusses. Der Vorsitzende trug die Einzelheiten der Verräterei des Ausschusses vor. Zweimal forderte er dann die Mitglieder desselben auf, sich zu verteidigen. Doch niemand meldete sich zum Wort. Wie das dann der Versammlungsleiter konstatierte und nochmals hervorhob, daß der Ausschuss mit schädlichen Mitteln in Gemeinschaft mit den Meistern die Errichtung der Innungsstranzenkasse betrieben habe und daß deshalb jedes Vertrauen zu diesen Vertretern geschwunden sein muß, da gab es lebhaften Beifall. Die Gelben aber machten ein lautes Geschäft. Ob nach diesem Vorgang bei den Badergesellen nunmehr eine bessere Meinung Platz greifen wird?

**Aus-Unternehmerkreisen
Bäckererei**

Der Austauschmeister Hans Bach ist gegenwärtig der Mittelpunkt, um welchen sich das Interesse der Bäckerinnungspreise konzentriert. Der noch sehr jugendliche Nürnberger Arbeitgeber ist bekanntlich einige Zeit auf Kosten des Innungsverbandes zu Studienreisen in Amerika gewesen und hält gegenwärtig in den Städten, wo es gewünscht wird, Vorträge über seine Eindrücke und Eindrücke. Davon sind aber einige Innungsführer nicht besonders erbart. In der Sitzung des Gesamtverbandes des Innungsverbandes protestierte der Hamburger Obermeister Knost gegen die Anwesenheit des Herrn Bach in der Sitzung. Ihn wollte es auch nicht einleuchten, daß die Innungsorganisation Gelder für die Studienreise zur Verfügung gestellt habe. „Er müsse bezweifeln, daß ein junger Mann in einem Jahre imstande sei, die Bäcker in der großen Amerika zu studieren und davon ein zutreffendes Bild zu geben. Die Art und Weise, wie Herr Bach seine Mission aufgeführt habe, kenne ich in Hamburg nicht. Veranlassung geben Vorträge darüber zu hören.“ Der Hamburger Obermeister konnte aber trotzdem nicht erreichen, daß die Gelder für die Wachsche Amerikareise nicht bewilligt wurden. Es wurde widerspruchslos die Genehmigung erteilt, um nachträgliche Bewilligung des einmütigen Beschlusses von M 1000 und des weiteren aus der Gesele entnommenen Beitrages von M 500, ferner um Bewilligung des jetzt beantragten Beitrages von M 1500 aus dem Bestand der Gesele. Das Organ der freien Bäckermeistervereinigung ist ebenfalls mit den Vorträgen des Herrn Bach nicht einverstanden. Es macht ihm den Vorwurf, daß er in seinen Vorträgen leider kein Wort von der Vertreibung der Gesele erwähnt. Nach allem hat es den Anschein, daß über den ersten Austauschmeister eine große Enttäuschung Platz gegriffen hat.

Die schlaue Innung in Kreuznach. Die Kontrakte der Bäckermeister in Kreuznach zeitigt bezüglich der Schleuderpreise die unheimlichsten Blüten. Obwohl hier keine Monopolbäckererei besteht und auch die gewerkschaftliche Organisation unter den Gehilfen nur schwach vertreten ist, die Löhne also als miserabel zu bezeichnen sind, stößt man auf die fiesesten Erscheinungen bei dem Konkurrenzkampf. Die Innungsführer sind nun auf eine sehr originelle Idee verfallen, um das Verschmelzungswesen, das auch bei der gegenseitigen Preisunterbietung zu leiden hat, wieder zu heben. Es wurde beschlossen, „Gratis-Kemischen“ auf Kosten der Innungskasse einzuführen. . . Kemischen sind kleine, in Kreuznach übliche Weinzüppchen. Mit diesem Zugmittel glaubt die Innung wieder ein volles Haus zu bekommen und die Versammlungen brauchen nicht mehr vor leeren Tischen und Stühlen stattzufinden. Goffentlich gedenken die Meister bei den „Gratis-Kemischen“ gelegentlich auch der schlechten Entlohnung der Gehilfen, denn würden auch wir diese Keuerung im Innungsleben freudig begrüßen.

Das Bäckergerwebe ernährt seinen Mann. Beim Bäckermeisterkongress in Pforzheim unternahm die Kolonnen vom Bäckertage eine Autoausfahrt. Jedes Auto wurde mit fünf Meistern besetzt. In einem Wagen nahmen zwei gutgenährte Weidberger Meister Platz und diesen herrschte das Malheur, daß der Motor das beträchtliche Körpergewicht dieser beiden nicht auf einen Berg hinaufbringen konnte. Der Bäckergehilfen in Weidberg wurde das Malheur sicher nicht passiert sein. Da geben schon im Türend in ein Auto und bequem würde der Motor mit den ausgewerkelten Radstapenproleten über Etod und Stein fahren. Wir geben gern zu, daß nicht allen Meistern von Weidberg ein solches Schicksal widerfahren sein würde, aber bezeichnend ist es in der gegenwärtigen

Zeit, wo die Bäckermeister nicht genug über den Notstand klagen können, daß doch noch Männer mit einem so respektablen Leibesumfang in ihrer Mitte sind.

Die Entschädigung des Obermeisters der Berliner Bäckerinnung. Die Schachmacher im Bäckergerwebe schreien sich die Lunge bald heraus über die unerschämte hohen Gehälter der Gewerkschaftsbeamten. Sie verstehen es aber ausgezeichnet, ihren Führern außerordentlich hohe Gehälter für die ehrenamtliche Führung in den Innungen zu bewilligen. In Berlin hat die Innung beschlossen, dem Obermeister Schmidt eine Entschädigung von M 4.000 für die mit seinem Amte zusammenhängenden Aufwendungen zu bezahlen und diese Festsetzung im Statut aufzunehmen. Während von der Gewerbe-Deputation des Magistrats Berlin hiergegen keine Einwendungen erhoben wurden, lehnte der Polizeipräsident von Berlin die Genehmigung der Statutenänderung ab. Die von der Innung gegen diese Entscheidung erhobene Beschwerde wurde nunmehr vom Handelsminister mit der Begründung abgewiesen, daß die geplante Erhöhung der Entschädigung des Obermeisters auf M 4000 über den Rahmen einer ehrenamtlichen Tätigkeit hinausgehe. Wie die Unternehmerrunde zu melden weiß, wird nunmehr die Handwerkskammer in dieser Angelegenheit bei den zuständigen Behörden vorstellig. Die Innungsführer haben selbstverständlich ein sehr großes Interesse daran, daß der Minister

Der Quartalsabschluss steht vor der Tür! Wer mit Beiträgen im Rückstande ist, bringe sein Mitgliedsbuch sofort in Ordnung. Zum Quartalsabschluss dürfen die Kassierer keine Restanten haben!

einer andern Ansicht zugänglich gemacht wird. Seht das die Berliner Bäckerinnung durch, dann folgen sicher noch andere. Nichtsdestoweniger werden nach wie vor die Innungsführer sich bemühen, den Gehilfen zu sagen, daß sie von ihrer gewerkschaftlichen Organisation fernbleiben sollen, weil sie mit ihren Beiträgen die Gesellenführer noch dicker mästen würden.

Der Rendant des Arbeitgeberverbandes und die Wahrheit. Am 22. April nahm der Gesamtverband des Germaniabandes der Bäckerinnungen den Bericht vom Arbeitgeberverband entgegen. Der Rendant Göhr versteht es ausgezeichnet, nach dem in der „Sünderischen Bäcker- und Konditorzeitung“ erschienenen Bericht seine andächtigen Zuhörer über den wüßlichen Ausgang unierer Lohnkämpfe im Unklaren zu lassen. Herr Göhr brachte es fertig, zu erklären, daß die vorjährigen Lohnbewegungen in Ludenwalde, Cottbus und Eberswalde ohne Erfolg gewesen, nach dieser Darstellung soll auch der Streik in München ergebnislos verlaufen sein. Diesem Herrn scheint es gar nicht bekannt zu sein, daß unsere Organisation im Vorjahre mit der Bäckerinnung in Ludenwalde einen korporativen Tarifvertrag abgeschlossen hat; in Cottbus haben 16 Bäckermeister den Vertrag anerkannt; in Eberswalde besteht der Vertrag bei sechs Firmen und in München haben sogar 255 Bäckermeister den Tarif anerkannt. Obwohl der Innungsführer Söllner aus München in dieser Sitzung anwesend war, fand er es aber nach dem Bericht der Unternehmerrunde auch nicht für der Mühe wert, den Rendanten auf seine der Wahrheit widersprechende Berichtserstattung aufmerksam zu machen. Uns kann es ja zu guter Letzt gleichgültig sein, wie sich die Innungsführer gegenseitig in den Sitzungen anhören, sie sollen aber dann wenigstens bei der Berichtserstattung diesen Rehl nicht für bare Münze an den Mann bringen.

Die Altonaer Bäckerinnungskasse im Jahre 1913. Von den Unternehmern im Bäckergerwebe sind bei der Errichtung von Innungsstranzenkassen vornehmlich die Motive maßgebend, daß bei einer Wpplitterung von den großen Kassen in den kleinen Krankenkassen billiger gearbeitet werden kann. Wir sind von jeder dieser eigenartigen Ansicht entgegengesetzt und haben den Radkowitz erbracht, daß ein billigeres Wirtschaften nur auf Kosten der Versicherungspflichtigen möglich ist. Dem Bericht entnehmen wir, daß das vergangene Jahr für die Kasse nicht besonders günstig war, da ganz besonders große Anforderungen an dieselbe gestellt wurden. Für Krankenhausbearbeitung wurden über M 6000 mehr verausgabt. Ferner wurden der Kasse durch die freie Arztwahl bedeutende Mehrkosten auferlegt, so daß die Innung einen Zuschuß von M 1200 geben mußte, um das Defizit decken zu können. Bei einem Mitgliederstand von 1014 (darunter 202 weibliche) erfolgten 681 Krankmeldungen (78 der weiblichen). Die Zahl der Krankentage betrug bei den männlichen 4886, bei den weiblichen 712. Ueber die Krankheitsarten werden leider keine Angaben gemacht. Goffentlich sorgen die Vertreter der Versicherungspflichtigen auch dafür, daß diese Lücke ausgefüllt wird.

Unterstützung der Gelben mit Innungsgeldern. Die Bäckerinnung in Hohenstein-Ernstthal beschloß in ihrer Versammlung am 19. Mai auf Antrag des Obermeisters eine Anerkennung in der Auszahlung des Innungsgeldes an die durchreisenden Gesellen einzutreten zu lassen. Dabei äußerte sich dieser Innungsführer, daß die faulen Gesellen, die immer auf Reisen sind, es nicht wert seien, von der Innung eine Unterstützung zu bekommen. Es soll darauf gesehen werden, daß die meistertreuen Gesellen von der Innung besser unterstützt werden als bisher. Beschlossen wurde, daß von der jährlich ausgekehrten Summe von M 60 bis 70 die Hälfte an den gelben meistertreuen Vereinen, die andere Hälfte an die Durchreisenden ausbezahlt wird. Zur Durchführung des Beschlusses, daß kein Bfenntig an einem Nummigen ausbezahlt wird, soll der gelbe Zweigbund in Sachsen an alle

meistertreuen Gesellen Karten ausgeben und nur an die Inhaber solcher Karten soll die Unterstützung bezahlt werden. Die Innung möge auf ihren gefassten Beschluß recht folgen sein. Ein ehrlich denkender Geselle verzichtet heute schon auf die Bettelbrennerei der Innungen. Diese sind bestrebt, sich durch die gewerkschaftliche Organisation eine bessere Lebenshaltung zu erkämpfen und überlassen recht gern den gelben Trabanten das künzliche Innungsalmosen.

Konditorerei

Ein wunder Punkt. Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht die „Allgemeine Deutsche Konditorzeitung“ einen Artikel in ihrer Nr. 20, der das System des Volontariats bespricht. Als ein „schamloses Treiben“ wird es bezeichnet, daß sich die Selbständigen M 100 bis M 200 oder noch mehr bezahlen lassen und einen Bäder auf ein Jahr als Volontär aufnehmen. Hier verschafft sich jemand eine billige Arbeitskraft, verdient Geld, hintergeht die ganze Geselegebung und spürt sein ganzen Beruf aus. Es ist Pflicht einer Innung, gegen solche Dinge einzuschreiten. Der Artikelreiber scheint aber die Innungsführer noch schlecht zu kennen, sonst könnte er an sie nicht eine solche Zumutung stellen. Er gibt im übrigen selbst zu, daß die Herren Arbeitgeber mit kindlicher Nührung in der Innungsversammlung von der Bäderkonkurrenz und der schädlichen Geselebefreiheit reden; zu Hause hat aber der Herr Sprecher die Backstube voll „Volontäre“ — gut zahlende Bäderöhne. Er hat eben keinen Lehrling bekommen, und so hilft er sich mit „Bädervolontären“. Weil aber diese Schilderung den Tatsachen entspricht, ja kann man unmöglich von den Innungsführern verlangen, daß sie zur Beseitigung dieser Zustände etwas unternehmen werden. Eine Krähe haßt der andern kein Auge aus.

Der Artikelreiber mendei sich auch mit aller Schärfe gegen das „Schnellbleichen“, der Ausbildung von fertigen „Künstlern“ in Kurzen von privaten Fachschulen. Dazu meint er: Auf alle Fälle sollen die Innungen und Vereine nicht nur die Prinzipale, sondern auch die Hilfsvereine „Stellung nehmen gegen das Schnellbleichsystem, und jeder Fall, der ihnen bekannt wird, unterjuchen lassen. Es müßte für jeden Gehilfen eine Ehrensache sein, die Innungen zu unterstützen, daß das Geld nicht dem Meister macht, sondern die ganze sachliche Erziehung, beim Bchrling angefangen, durch die Gehilfenzeit zum Meister emporgeschafft wird.“ Mit der Befolgung dieses Ratshlages würde an dem heutigen Zustand nichts gebessert werden. Da müssen die Gehilfen schon auf's Ganze gehen und die Konsequenzen aus den heutigen Verhältnissen ziehen. Können kann nur eine starke gewerkschaftliche Organisation, aber nicht das Liebäugeln mit den Herren Prinzipalen. Solange das Nicht in den Gehilfenkreisen eingesehen wird, tritt auch keine Besserung ein.

Großindustrie

Die Vereinigung Deutscher Induswaren- und Schokoladenfabrikanten e. V. veranstaltet seine diesjährige Hauptversammlung vom 17. bis 20. Juni in Eisenach. Auf der Tagesordnung stehen mehrere Fragen, denen auch wir einiges Interesse entgegenbringen. So soll unter anderem über den Anschluß an eine Arbeitgebervereinigung verhandelt werden, sowie über Rückversicherung für die Streikentschädigungsgeellschaft. Wir werden ja hören, welche Beschlüsse gefaßt werden! Ferner soll über Vertretungsbestimmungen für Konzipianten, Likörkonfekt usw. und über ein Zuckerkartell die Meinung ausgetauscht werden. Der Vorsitzende der Vereinigung ist jetzt Herr Mühlhagen in Kitzingen, der Geschäftsführer ist Herr Dr. J. B. Mittel.

Aus gewerkschaftlichen Organisationen

Sturz eines Verräters. Bei der freien Schuhmacherorganisation in Regensburg war früher der Schuhmacher Lent. Da der sehr nörgelstüchtig angelegten Herr nicht alles nach Wunsch ging, trat er zu den Christlichen über, die ihn natürlich mit offenen Armen aufnahmen und als ein Opfer des „sozialdemokratischen Drazardismus“ bezeichneten. Lent erbrachte den Beschädigungswert für einen christlichen Vertrauensposten durch eine fanatische Hebe gegen den freien Verband und wurde auch bald mit einem Kassierposten bei der Regensburger Zählstelle der christlichen Schuhmacherorganisation betraut. Dieser Tage ist er nun spurlos aus Regensburg verschwunden, wobei er es so eilig hatte, daß er es vergaß, das in seinen Händen befindliche Kassierenvermögen abzuliefern; aber auch Gelder für eine Kriegervereinslatzterie sollen sich noch in seiner Tasche befinden. Die Zentrumspreffe, die mit frommem Augenaufwachen über jeden „roten Rassenwader“ geteilt, schweigt sich über diesen schwarzen Bruder vollständig aus.

Das Schwarzblättchen am Niederrhein kann sich mit der ihr in unerer letzten Nummer verabsfolgten Dusch noch nicht zufrieden geben, es klappt in der Nr. 11 wie ein altes Fischweib unsere Münchner Kollegen an. Der Zweck der christlichen Kraftmeier soll ja sein, die Aufmerksamkeit der Gehilfenchaft auf die schwarzen Bauchwehklagen zu lenken. Den Gehilfen wird ihnen aber kein Mensch erweisen, weil alle wissen, daß hinter dem müitigen Schrick nichts weiter steckt als ein Häuflein Ohnmacht. Um aber die Einfußlosigkeit zu vertuschen, wird nach dem alten, aber stets zugkräftigen Jesuitenmittel die alte Lüge frisch aufgewärmt. Die Christen bleiben bei ihrer Verleumdung stehen und wiederholen: Die Reihen der Genossen lichterleuchten jedoch von Tag zu Tag mehr durch Streikbrecher, während auf unserer Seite nicht ein einziger Kollege in die Verriebe zurückläßt. Weiter unten wird dann zugegeben, daß sie auch einen halben Streikbrecher aufzuweisen hatten. So die christlichen Schaumschläger. Im übrigen geht aus dem Nutgebend der Christen der Unterton hervor, daß sie sich böllisch freuen über den Ausgang des vorjährigen Streiks und der diesjährigen Lohnbewegung in München. Der alte abgestandene Schwindel, daß der Streik und die Lohnbewegung vollständig verloren gingen, wird in aller Breite nochmals verzapft. Nun wird aber das Schwarzblättchen in amtlichen Berichten selbst Lügen inspektoren von Bayern können wir beständig

finden unsere Angaben über den Tarifabschluss mit einzelnen Firmen. Wir finden weiter die Tatsache erwähnt, daß fast durchgängig in allen Betrieben eine Wochenlohnauflösung für die einzelnen Arbeiter von A 1 bis A 2 erfolgte.

Christliches Mannheimer

In der letzten Nummer der 'Solidarität' rühmen sich unsere Brüder in Christo ihres großen Erfolges bei der Gesellenauswahl im Rahmenheim. Wenn es nun auch außerordentlich bemerkenswert ist, daß ein großer Teil unserer Mitglieder, ausgehend von der Auffassung, der Gesellenauswahl hat ja doch keinen Wert, der Wahl fern bleiben und dadurch den 'Christenweg' ermöglichen, so müssen wir doch die christlichen Aufklärer auf ihren wahren Wert zurückführen.

Politik und Gericht.

Der Badermeister als Helfer von Altmatt. Ein neues Bild zeichnete eine Verhandlung, die am 2. Mai vor dem Landgericht in Gießen sich abspielte und in der ein gutgeheißener Badermeister namens Knüttel und zwei arme Schulkinder die Angeklagten waren.

Ordnungswahl, haben, beweisen. Die Badermeister nennen nicht die Namen der Arbeiterinnen, die Firma liebt es vielmehr, die bei ihr Beschäftigten nach der Nummer zu nennen. Wie uns mitgeteilt wird, werden auch bei sonstigen Anlässen Arbeiter und Arbeiterinnen nach der Nummer gerufen.

Das Strafgesetzbuch ist natürlich bei der Firma gut ausgebaut, wie sich leicht aus der Fabriksordnung erkennen läßt. Dort heißt es im Nachtrag zu § 5:

Wer ohne Verschulden verhindert ist, früh pünktlich 6 Uhr 55 Min. in der Fabrik zu sein, muß sich entschuldigen entweder durch Postkarte, welche früh vor 7 Uhr in den Postbriefkasten gesteckt sein muß, oder durch Gespräch mit dem Vorgesetzten bis spätestens 7 Uhr 5 Min.

Der Rat der Stadt Leipzig. Gewerbeamt.

Wie es sich die Firma vorstellt, daß eine kranke Arbeiterin vor 7 Uhr eine Postkarte in den Briefkasten werfen soll, oder sich bis 5 Minuten nach 7 Uhr durch Telefon entschuldigen soll, bleibt gewiß Fabriksgeheimnis.

Das gleiche Zustände nach möglich sind, erklärt sich durch die Interesslosigkeit der dort Beschäftigten. Der ungeheure Wechsel, der wegen der miserablen Löhne besteht, läßt die Organisation schwer eindringen.

Eine empfindliche Strafe.

Der Bäckermeister Frotscher in Plauen hatte seinen Lehrling weit über die gesetzlich zulässige Zeit hinaus beschäftigt. Das Schöffengericht verurteilte deshalb den Bäckermeister zu 50 Geldstrafe. Desgleichen erhielten zwei Badermeister, die als Mitgeschädigte erachtet wurden, je 10 Strafe.

Internationales.

(15) Aus Holland. Eine Konferenz der Vorstände der freien, christlichen, katholischen und unabhängigen Bäckergehilfenverbände Hollands beschloß im Prinzip ein gemeinsames Vorgehen in der Frage der Bekämpfung der Nacharbeit.

Sozialpolitisches.

37 Krankleiden als Krankheit im Sinne der Krankenversicherung. Der Badermeister A. war vier Jahre Mitglied der Innungs-Krankenkasse in Heidelberg, ohne derselben auch nur im geringsten zur Last zu fallen. Im August vorigen Jahres mußte er sich auf Anraten des Arztes wegen Verschleudern einer Operation unterziehen.

A. erhob deshalb Klage beim Versicherungsamt. Dasselbe erklärte zwar das Verhalten der Krankenkasse für unbillig, wies aber die Klage trotzdem mit der Begründung ab, daß Krankleiden keine Krankheit sei, für die die Kasse aufzukommen hat.

Am Donnerstag letzterwähnter Körperzustand, eine krankhafte Anlage als solche, zum Beispiel Brandleiden, Kurzweiligkeit, Bluthitze, Jangengehler, Schwächen, die eine ärztliche Hilfstherapie nicht erforderlich macht, ist nicht als Krankheit im Sinne der Krankenversicherung anzusehen.

Demnach hat das Gewerbeamt der Klinik angeführt, das im Landtag vorgeschlagen sei. Es ist möglich und denkbar, daß der Patient außerordentliche Beschwerden bekommt, als sich zu seinem linksseitigen Wasserbruch nach ein rechtsseitiger Wasserbruch hinzugesellte. Einflümmelungserscheinungen von unten des unteren Beckens aber nicht, so daß die Operation im Moment nicht unbedingt nötig war.

Das Oberversicherungsamt kommt deshalb zu dem Ergebnis: Daß das Brandleiden den Kläger befallig, daß aber eine Einklemmung oder eine unmittelbar drohende Gefahr für das Leben nicht vorhanden war. Deshalb lag keine Krankheit im Sinne objektiver Notwendigkeit ärztlicher Behandlung vor, und ist deshalb die Klage abzuweisen.

Also, Kollegen, merkt es Euch, nach Auffassung des Mannheimer Oberversicherungsamtes ist man nur krank, wenn eine unmittelbar drohende Lebensgefahr besteht. Mag der Kollege, wie im obigen Fall, sich auch vor Schmerzen krümmen und winden, zur Hebung selbst normaler Lasten und damit zur Arbeit unfähig sein, die Krankenkasse ist nicht entschuldigungspflichtig.

Gewerkchaftliche Rundschau.

(15) Die italienischen Gewerkschaften im Jahre 1913. Die italienischen Gewerkschaften haben ein Jahr aufregender Tätigkeit und raschen Fortschreitens hinter sich. Nach dem sechsten veröffentlichten Berichte des statistischen Amtes nahmen sie 1913 um 111 165 Mitglieder zu, nämlich von 860 502 auf 972 667, verteilt auf 7835 Gruppen.

Von den Gesamtmitgliedern entfallen auf die freien Organisationen 689 599 (1912 689 070), auf die katholischen Organisationen 113 530 (108 021) und auf die isolerierten Gruppen 168 688 (112 811) Mitglieder. Den Arbeitern gehören 622 293 Mitglieder an gegen 528 151, den Verbänden 220 391 gegen 205 825 im Vorjahre.

Table with 4 columns: Sector, Free, Catholic, Other. Rows include Erzbergleute, Marmor- und Steinarbeiter, Arbeiter in Schwefelgruben, Metallarbeiter, Edelmetallindustrie, etc.

Der sechsten in Mantua stattgefundenen Kongreß des italienischen Gewerkschaftsbundes war von rund 200 Delegierten besucht. Er beschäftigte sich vornehmlich mit den sozialpolitischen Forderungen der Arbeiterschaft und mit der Frage der Taktik. Diese letztere nahm in der Tat einen erheblichen Teil der Tagung in Anspruch.

(15) Von den ungarischen Gewerkschaften. Wie wir dem sechsten erschienenen Jahresbericht der ungarischen Gewerkschaftszentrale entnehmen, gehörten dieser Ende 1913 insgesamt 20 Landesorganisationen mit 920 Ortsgruppen sowie 8 lokale Organisationen mit zusammen 107 143 Mitgliedern an.

und Metallarbeiter mit 20 653, der Bauarbeiterverband mit 11 963, der Holzarbeiterverband mit 10 665 und der Fachverein der Buchdrucker und Schriftgießer mit 10 558 Mitgliedern. Von der Gesamteinnahme von 2,5 Millionen Kronen entfallen 1,86 Millionen Kronen auf Mitgliedsbeiträge. Der hierfür eingegangene Betrag ist sogar höher als im Vorjahre, und zwar infolge der vielen Extrabeiträge, die zur Unterstützung der Arbeitslosen erhoben wurden. Für diesen Zweck wurden denn auch nicht weniger als 687 000 Kronen, fast doppelt so viel als im Jahre zuvor, verausgabt. Der Holzarbeiterverband hat weit mehr als seine regulären Beitragseinnahmen hierfür aufwenden müssen, während bei den Buchdruckern, Buchbindern und Gutmachern rund 90 pzt. der eingegangenen Wochenbeiträge von der Arbeitslosenunterstützung verschlungen wurden. Trotzdem stieg das Gesamtvermögen von 3,2 auf 3,45 Millionen Kronen. Das schlimmste aller Krisenjahre haben also auch die ungarischen Gewerkschaften ungehindert überstanden, trotz Unternehmerrückgang und Regierungswillkür, die besonders in diesem Lande der Stuhlrichter solch tolle Blüten treibt.

(IS) **Vereinigte Staaten von Nordamerika.** Von dem raschen Anwachsen der Gewerkschaftsbewegung in den Vereinigten Staaten legt auch der soeben vom Arbeitsamte des Staates Newyork gegebene Bericht Zeugnis ab. Danach stieg die Gesamtmitgliedszahl der Gewerkschaften dieses Landes von 528 672 auf 665 248, also um 26,3 pzt. Die Zahl der weiblichen Mitglieder beträgt 37 170. Die Gesamtzahl der Mitglieder verteilt sich auf 2644 Organisationen.

Der Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter im Jahre 1913. Auch im Jahre 1913 hatte der Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter wieder einen, wenn auch nicht sehr erheblichen Zuwachs an Mitgliedern zu verzeichnen. Er betrug 578 von Jahresabschluss zu Jahresabschluss oder 1703 im Jahresdurchschnitt. Die technische und die kapitalistische Entwicklung arbeiten gleichsam an der Verarmung der benötigten Arbeitskräfte, vornehmlich in der Brauindustrie, und erschweren so den Aufschwung der Organisation; die Kleinbetriebe verschwinden immer mehr, Fusionen und Betriebsstillegungen erfolgen, und die in Mitteleuropa gezogenen Arbeiter finden nur zum kleinen Teil in der Industrie wieder Aufnahme. Unter diesen Umständen ist der Fortschritt in der Mitgliederzunahme zufriedenstellender, als es nach den nackten Zahlen scheint. Am Jahresabschluss war der Mitgliederbestand 51 317 gegen 50 739 Ende 1912.

Die Gesamteinnahmen des Verbandes beliefen sich im Jahre 1913 auf M. 1 272 944; gegen das Vorjahr mehr: M. 54 937. Davon entfallen M. 1 197 165 auf Beiträge und Eintrittsgelder (gegen das Vorjahr M. 35 763 mehr). Die Ausgaben erreichten die Summe von M. 1 024 745 (M. 531 716 im Vorjahre). Der Vermögensbestand der Hauptkasse stieg von M. 1 458 606 Ende 1912 auf M. 1 704 402 Ende 1913. Das Vermögen der Lokalkassen in Höhe von M. 382 344 in Rechnung gestellt, ergibt für Ende 1913 ein Gesamtvermögen von M. 2 086 746. Nach der Mitgliederzahl am Jahresabschluss entfällt auf das Mitglied ein Vermögen von M. 40,66. Von den Ausgaben entfallen auf Streik- und Gemäßigtenunterstützung M. 113 055, auf sonstige bare Unterstützungen M. 396 667, zusammen M. 509 722; davon beanspruchte die Krankenunterstützung M. 241 505, die Arbeitslosenunterstützung M. 99 427. Aus den Lokalkassen wurden außerdem noch M. 50 793 Unterstützungen verausgabt.

Umfangreich war im Berichtsjahr wieder die Organisationsarbeit zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Berufsarbeiter. Zu dem Zweck wurden 571 Angriffsbewegungen geführt, die 744 Betriebe mit 18 570 beteiligten Personen betrafen. Nur 15 Bewegungen endeten ohne Erfolg. Die weitaus größte Zahl der Bewegungen wurde ohne Streik erledigt, und zwar 325, an welchen 633 Betriebe und 17 215 Personen beteiligt waren. Bei dieser großen Zahl Bewegungen ist die Zahl der Kämpfe als gering zu bezeichnen, die der Verband zu führen hatte: einschließlich der vom Jahre 1912 übernommenen waren es 42 Angriffsstreiks, 28 Abwehrstreiks, und 9 Aussperrungen waren abzuwehren. Die an den Kämpfen beteiligte Personenzahl betrug 1363.

Das Tarifvertragsverhältnis hat wieder Fortschritte gemacht, so sehr auch gewisse Syndicate von Brauereivereinigungen sich bemühen, den organisierten Brauereiarbeitern das Tarifverhältnis zu verkleinern, und obwohl auch die Mehrzahl der Unternehmer der Mühlenindustrie Tarifgegner aus Prinzip sind. Wieder wurden 339 Verträge neu abgeschlossen, beziehungsweise erneuert. Die Organisation hat also im Berichtsjahre wie immer ihr Bestes getan, den Interessen der Berufsarbeiter gerecht zu werden; die Mitglieder sollten dafür quittieren durch wirksame Agitation.

Der Fabrikarbeiterverband im Jahre 1913. Auch dieser Verband ist von den Folgen der Krise nicht verschont geblieben. Doch haben sich im Berichtsjahre gegenüber dem Jahre 1912 die Mitgliederzahl und die Finanzen nicht wesentlich verändert. Am Schlusse des Jahres 1913 zählte der Verband 151 353 (im Jahre 1912 151 273) männliche und 26 031 (26 324) weibliche, zusammen 207 384 (207 597) Mitglieder. Die Mitgliederzahl war also am Jahresabschluss nur um 213 niedriger als 1912. Im Krisenjahr 1908 hatte der Verband einen Verlust von über 3000 Mitgliedern, insofern hat er also das Krisenjahr 1913 besser überstanden.

Die Einnahmen der Hauptkasse inklusive Kassenbestand belaufen sich auf M. 7 685 762. Davon sind Reineinnahmen M. 4 531 784. Den Einnahmen stehen M. 3 825 230 Ausgaben gegenüber. Davon entfallen auf Erwerbslosenunterstützung M. 1 532 368, auf Streik- und Gemäßigtenunterstützung M. 557 662. Die Gesamtausgaben für Unterstützungen betragen M. 2 515 012. Der Kassenbestand der Hauptkasse war am Ende des vierten Quartals M. 3 860 523. Die Lokalkassen hatten einen Bestand von M. 1 025 295, so daß das Gesamtvermögen am Jahresabschluss M. 4 885 818 betrug.

Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen hatte der Verband 622 zu verzeichnen, an denen 851 Betriebe

mit 58 543 Personen beteiligt waren. Von den Bewegungen überhaupt konnten 568 = 91,23 pzt. mit Erfolg beendet werden. Die Kosten für alle Lohnbewegungen betrugen für Haupt- und Lokalkassen zusammen M. 842 719. Die Zahl der abgeschlossenen Tarifverträge hat sich für das Berichtsjahr erhöht. Am 31. Dezember 1913 waren vorhanden: 465 Tarifverträge, diese erfaßten 789 Betriebe mit 42 000 Beschäftigten.

Der Fabrikarbeiterverband kann mit seinen Erfolgen für das Jahr 1913 zufrieden sein. Die Errungenschaften sind gerade mit Rücksicht auf die Krise um so höher zu bewerten. Im ersten Quartal 1914 ist der Verband auch mit seiner Mitgliederzahl im gewohnten Tempo vorwärts gekommen.

für die Arbeiterinnen.

(IS) **Arbeiterinnenlöhne in Australien.** Anlässlich einer Erhebung über die Produktion in den sechs Staaten des australischen Bundes im Jahre 1912 hat man auch die Löhne der Industriearbeiterinnen festgestellt. Insgesamt wurden 83 180 Arbeiterinnen in der Industrie ermittelt. Für 74 369, das ist 89,4 pzt. ihrer Gesamtzahl, sind in nachfolgendem die wichtigsten Daten über die Lohnsätze wiedergegeben. Der Durchschnittslohn aller männlichen Arbeiter betrug in dem genannten Jahre M. 49,25 pro Woche, bei den Arbeiterinnen jedoch nur M. 19,66. In den einzelnen Staaten waren die Durchschnittslöhne der Arbeiterinnen wie folgt: West-Australien M. 22,40, Neu-Süd-Wales M. 20,50, Victoria M. 19,90, Süd-Australien

**Spätestens am 6. Juni
ist der 24. Wochenbeitrag für 1914
(7. bis 13. Juni) fällig.**

M. 17,66, Queensland M. 16,90, Tasmanien M. 16,40. Aus den wichtigsten Industriegruppen seien folgende Details wiedergegeben:

Durchschnittslohn pro Woche	Zahl der Arbeiterinnen			
	in der Nahrungsmittel-industrie	in der Bekleidungs- und Textil-industrie	in der Papier- und Buchindustrie	in allen andern Gruppen
Unter M. 10.....	226	8 982	486	218
M. 10 bis 15.....	1611	8 577	1374	941
" 15 " 20.....	1944	8 362	1260	1274
" 20 " 25.....	1859	13 075	1481	963
" 25 " 30.....	683	9 644	484	686
" 30 " 35.....	512	4 578	187	649
" 35 " 40.....	351	1 613	29	81
" 40 " 45.....	28	877	30	44
" 45 " 50.....	34	349	6	10
" 50 " 55.....	114	286	7	9
" 55 " 60.....	1	55	—	8
" 60 " 65.....	2	160	6	2
" 65 " 70.....	—	28	—	1
" 70 " 75.....	2	50	—	1
" 75 " 80.....	—	13	—	—
" 80 und mehr ..	—	113	2	1
Insgesamt	7867	56 762	5352	4888

Die Arbeiterinnenbewegung und der Internationale Bericht über die Gewerkschaftsbewegung für 1912. Der zehnte Internationale Bericht über die Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1912 zeigt in bezug auf die Art der Berichterstattung ein etwas anderes Bild als der des Vorjahres. Wir hatten im vorigen Jahre bedauert, daß nicht alle Länder die Zahl der organisierten Arbeiterinnen angeben, so daß der Bericht über die Beteiligung der Arbeiterinnen in den Gewerkschaften keine Auskunft gab. Diesmal ergibt sich ein etwas günstigeres Resultat.

Für 1912 machen die Landeszentralen von Deutschland, Oesterreich, der Schweiz und den Niederlanden Angaben über die Zahl der organisierten Arbeiterinnen in den einzelnen Verbänden. Außerdem bringen die Landeszentralen von Ungarn und Bulgarien (Beitragige) die Ziffern der insgesamt organisierten Arbeiterinnen.

Das allgemeine Resultat ist folgendes:

	Zahl der organisierten Arbeiterinnen	Im Vergleich zur Gesamtzahl pzt.
Deutschland.....	216 462	8,6
Oesterreich.....	50 410	11,8
Schweiz.....	8 487	9,8
Ungarn.....	6 508	5,8
Niederlande.....	8 652	5,9
Bulgarien.....	198	5,3

Aus den übrigen Berichten geht die Ziffer der organisierten Arbeiterinnen nicht hervor.

Verschiedene Landeszentralen machen auch Angaben über den Umfang der Frauenerwerbsarbeit im Lande. Deutschland bringt hierüber eingehendes Material durch eine Bearbeitung der letzten amtlichen Berufszählung. Hiernach ist die Hälfte der Zahl aller erwerbstätigen Personen heute Frauen, und in einigen Berufen hängt der Erfolg der gewerkschaftlichen Aktionen wesentlich von der Haltung der Arbeiterinnen ab. Die Bekanntgabe dieser Ziffern zeigt, ein wie wichtiges Kapitel für die Gewerkschaften heute die Organisation der Arbeiterinnen sein muß.

Den gleichen Beweis liefert die Schweiz durch den Nachweis der Tätigkeit von elf Arbeitsämtern.

* Zehnter Internationaler Bericht über die Gewerkschaftsbewegung 1912. Herausgegeben vom Internationalen Gewerkschaftsbund (I. G. B.). Berlin SO 16. 354 Seiten. M. 1,50. für Gewerkschaftsmitglieder 90 g. Porto in Deutschland, Oesterreich usw. 30 g. sonst 55 g.

Von diesen wurden gemeldet:

Offene Stellen		Arbeitslosengebe		Besetzte Stellen	
Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
58 491	29 308	75 151	22 037	43 604	14 298

Auch hier spielt also die Frauenerwerbsarbeit eine erhebliche Rolle.

Dasselbe ist der Fall in Rumänien. Dort waren 1911 in der Groß- und Kleinindustrie 113 143 Männer und 20 743 Frauen beschäftigt. Selbst in Bulgarien, dessen Bevölkerung zu 80 pzt. landwirtschaftliche Tätigkeit ausübt, arbeiten in der Industrie unter 10 163 Personen 2907 Frauen. Auch hier gewinnt außerdem die Industrie immer mehr an Umfang und damit auch die Frauenerwerbsarbeit in diesen Berufen.

Die wirtschaftlichen Tendenzen der Frauenerwerbsarbeit sind bekannt und überall die gleichen. Sie werden besonders hervorgehoben in dem Bericht des internationalen Berufsekretariats der Buchbinder. In Rücksicht darauf dürfte sich deshalb eine genaue Berichterstattung über den Stand der Frauenerwerbsarbeit und der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterinnen auch von den übrigen Landeszentralen empfehlen. Erst dann werden auch Wirksamkeit und Erfolg der gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterin in vollem Umfange zum Ausdruck kommen.

Gertrud Hanna, Berlin.

Genossenschaftliches.

Die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine. Ein Krisenjahr, mit allen Begleiterscheinungen eines solchen ausgeartet, übte es naturgemäß auch seinen Einfluß auf die genossenschaftlichen Unternehmungen aus. Die Mitglieder der Genossenschaften wissen ja selbst ein Lied von der Verteuerung der Lebenshaltung und von der Verminderung der Kaufkraft des Geldes zu singen. Sie werden aber gerade im Jahre des wirtschaftlichen Niederganges die Konsumgenossenschaftlichen Einrichtungen, besonders die Großeinkaufsgesellschaft, zu schätzen verstanden haben.

Von 136 Millionen Mark im Jahre 1912 stieg der Umsatz im Jahre 1913 auf über 154 Millionen Mark. In vier Jahren vermochte die Großeinkaufsgesellschaft ihren Umsatz mehr als zu verdoppeln.

Eine der vornehmsten Aufgaben der Großeinkaufsgesellschaft ist die Eigenproduktionsfähigkeit. Auch sie erfuhr im Jahre 1913 ganz hervorragende Förderung. Abgesehen davon, daß neue Fabriken errichtet wurden, brückt sich die Förderung der Eigenproduktion auch darin aus, daß zum Beispiel die Masse der hergestellten Seife um etwa zehneinviertel Millionen Kilogramm stieg. Der Wert der in den drei Zigarrenfabriken hergestellten Rauchwaren erhöhte sich um über M. 330 000. Kurz gesagt, es ging auf allen Tätigkeitsgebieten der Großeinkaufsgesellschaft vorwärts. Die Gesellschaft beschäftigte 2019 Angestellte und Arbeiter, gegen 1732 im Jahre 1912. Sie zahlte an Gehältern und Löhnen beinahe zweieinhalb Millionen Mark. Der demnächst stattfindenden Generalversammlung der Großeinkaufsgesellschaft wird ein Antrag unterbreitet werden, das Stammkapital von vier Millionen auf sechs Millionen Mark zu erhöhen. Diese Stärkung des Betriebskapitals wird zweifellos in hervorragendem Maße der Eigenproduktion zugute kommen. Es werden mehr Arbeiter in den genossenschaftlichen Betrieben beschäftigt werden können. Besonders diese Entwicklung zu beschleunigen, wird sich der rechte Gewerkschafter sehr angelegen sein lassen. Er kann es, indem er seinen Bedarf an Lebensmitteln genossenschaftlich deckt. Nur diese eine Aufgabe hat jener zu erfüllen, der in der Stärkung der Eigenproduktion ein schönes und auch erreichbares Ziel sieht, dessen Verwirklichung den Gesamtstand unserer Kultur zweifellos hebt.

Literarisches.

Von der **Neuen Zeit** ist soeben das 9. Heft vom 2. Band des 32. Jahrganges erschienen.

Die **Neue Zeit** erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von M. 3,25 pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 g.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Vom **„Wahren Jacob“** ist soeben die 12. Nummer des 31. Jahrganges 16 Seiten stark erschienen und behandelt in Bild und Text die wichtigsten Vorgänge des politischen Lebens. Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 g. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag J. G. B. Diez Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart, sowie von allen Buchhandlungen und Kolporteurs zu beziehen.

Ein schmales, neues Gewand trägt der soeben erschienene erste Band der zweiten Serie der beliebten **„Vorwärts-Bibliothek“**, und auch in der Auswahl des Werkes war der Verlag gut beraten. Die Heiterelei, die lustige Erzählung von Otto Ludwig, hat schon vielen Tausenden Freude bereitet und überall, wo sie hinkommt, wird sie immer wieder gern gelesen. Und so werden auch die zahlreichen Leser der **„Vorwärts-Bibliothek“** — die Jungen wie die Alten — die **„Heiterelei“** herzlich willkommen heißen, werden sich an ihr erfreuen und werden durch eifrige Propaganda dafür sorgen, daß recht viele des Genusses teilhaftig werden.

Der neueste Band der **„Vorwärts-Bibliothek“** ist gleich den zehn früher erschienenen Bänden in allen Parteibuchhandlungen vorrätig. Er kostet trotz des großen Umfangs und der guten Ausstattung nur M. 1.

„Die Volkshochschule“, Zeitschrift für deutsche Kultur und Volksbildung, erscheint jährlich in zwölf Heften, jedesmal am 15. eines Monats. Bezugspreis jährlich M. 6, vierteljährlich M. 1,25; bei Postbezug tritt außerdem das Bestellgeld hinzu. Jeder Jahresabonnent erhält bei Vorauszahlung des Jahresbetrages von M. 5 den **Volkshochschulabreißkalender** (Ladenpreis allein M. 2) für das laufende Jahr als wertvolle tägliche Ergänzung dieser Monatschrift völlig kostenfrei und portofrei. Bestellungen auf die **Volkshochschule**

erfolgen am zweckmäßigsten durch den Buchhandel oder direkt bei dem Verlag. Probennummern unentgeltlich durch alle Buchhandlungen und den Verlag.

Der treue Kamerad, ein Wegweiser durch das Kameradenleben für Arbeiterkassen, betitelt sich eine Schrift, die zum Preise von 70 Pf. im Verlag von W. Pfannkuch & Co. in Magdeburg erschienen ist. Die Reichstagsverhandlungen über den Militärdienst haben wieder einmal gezeigt, welche grundfalschen Ansichten über die Stellung der Sozialdemokratie zur Vaterlandsverteidigung in bürgerlichen und militärischen Kreisen noch verbreitet sind. Der Genosse Diekmann konnte mit Recht darauf hinweisen, daß die Partei keine antimilitärische Propaganda unter den Dienstpflichtigen betreibt, daß sie die Jugend nicht mit Abscheu und Ekel vor jedem Dienst mit der Waffe erfüllen will. Auch „Der treue Kamerad“ beabsichtigt nicht, den ausgehobenen jungen Arbeitern den Militärdienst von vornherein verhasst zu machen. Er sieht vielmehr seine Aufgabe darin, die „Rekruten“ in das Getriebe des militärischen Dienstes einzuführen. Indem er Illusionen zerstört und ruhig und klar auseinandersetzt, worauf es in der Kameradenankunft, will er den jungen Arbeitern eine gewisse Sicherheit geben, die sie befähigt, die erste schwere Zeit leichter zu überstehen. Besonders nimmt „Der treue Kamerad“ natürlich die Reichshandlungen durch Vorgesetzte und ältere Kameraden aufs Korn und zeigt, wie sich die jungen Soldaten dagegen schützen können. Aus den 35 Abschnitten des auch in Druck, Papier und Einband vorzüglich ausgestatteten Büchleins führen wir zur Andeutung des Inhalts an: Nach der Musterung; In der Kamerade; Die Einweisung; Die ersten Übungen; Die Instruktion; Auf dem Schießstand; In der Kompanie; Felddienst; Menschenkenntnis; Kameradenleben; Der alte Kamerad; Das System; Kriegszustand und Militärstrafgesetzbuch; Welche Kameradenschaft usw. „Der treue Kamerad“ ist in jeder Parteibuchhandlung zu haben und kann allen zum Militär ausgehobenen Arbeitern zur Anschaffung empfohlen werden.

== Günstige Gelegenheit! == Bäckerei und Konditorei

in vollem Betriebe, alles Geschäft mit guter Kundenchaft, noch sehr vergrößerungsfähig, ist mit komplettem Inventar sofort günstig infolge Auseinanderetzung zu verkaufen.
Offerten unter V. K. 24 an Haasenstein & Vogler A.-G., Hamburg. [A 17]

Nürnberger Bäcker- und Konditorgehilfen
decken ihren Bedarf am besten bei
Hans Dersuss, Schneidermeister, Hengasse 2, 1. Et.,
gegenüber dem Verbandslokal.

Berliner Bäcker! • Tanz-Unterricht!
Schönhauser Allee 28. • Bäcker-Verkehr.
Sonntags 4 Uhr nachmittags, Mittwochs 8 Uhr abends.
Aufnahme täglich. Honorar billig. Tanzlehrer E. Schulz.

Münchener Bäcker- und Konditorgehilfen
decken ihren Bedarf am besten bei
Gg. Prem, Schneidermeister, Walterstr. 19/0.

Vorwärts

kommt nur, wer Sachkenntnisse besitzt und richtig kalkulieren kann. Beides ist am besten und leichtesten zu erwerben durch die soeben erschienenen, von ersten Fachleuten völlig neu bearbeitete und stark erweiterte Neuauflage des Werkes

Praktischer Konditor

von Karl Rittershans.
Das Werk enthält circa 1200 Rezepte mit Angabe der Herstellungskosten, alle für Konditoren und Bäcker wichtigen Gehege, einfache und amerikanische Buchführung, Warenkunde, die neuesten Maschinen, eine Garnierschule und
100 vielartige Verlagen und ein zerlegbares Modell.
Ausführliche Prospekte kostenlos. Das glänzend ausgestattete zweibändige Werk kostet M. 16. Gegen bequeme monatliche Teilzahlungen von M. 3 liefert prompt
E. H. Friedrich Reissner, Leipzig, Salomonstr. 10.

Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen.

(Wo nichts Besonderes vermerkt, bezieht sich die Zeitangabe auf die Nachmittags- oder Abendstunden.)

- Sonntag, 7. Juni:**
Alpolda: Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus. —
Brandenburg: Vorm. 11 Uhr im Volkshaus, Steinstr. 31. —
Coburg: 4 Uhr, „Neue Welt“. —
Cresfeld: Vorm. 11 Uhr im Volkshaus, Breite Straße. —
Dortmund: 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Lessingstraße. —
Duisburg: Vorm. 10 1/2 Uhr, „Zum Bienenhaus“, Friedrich-Wilhelm-Platz. —
Düsseldorf: Vorm. 10 1/2 Uhr im Volkshaus, Flingerstraße. —
Flensburg: Vorm. 9 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Schloßstraße. —
Geesthacht: 3 1/2 Uhr bei Ernst Otto, Herberge, Bergeborfer Straße. —
Gera: 3 Uhr, „Zum Hainberg“. —
Helmstedt: Bei Lehmann, Holzberg 7. —
Hildesheim: Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Goschenstr. 23. —
Hof: Vorm. 10 Uhr im Restaurant „Monopol“, Bismarckstraße. —
Limbach i. S.: 3 Uhr in der „Karlsburg“, Karlsstr. 14. —
Ludwigslust: 5 Uhr im Gewerkschaftshaus, Weeliger Straße. —
Marktredwitz: 2 Uhr bei Böge, Schreinersberg. —
Merseburg: 3 Uhr, „Zum Deutschen Kaiser“. —
Potsdam: 3 Uhr bei Hausmann, Kaiser-Wilhelm-Straße 38. —
Saarbrücken: 3 Uhr im Gewerkschaftshaus, Gerberstr. 24. —
Solingen: Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus. —
Sonneberg: 2 1/2 Uhr bei Glas Greiner in Steinach. —
Thurn: 2 1/2 Uhr. —
Uetersen: Vorm. 10 Uhr bei Sievers. —
Vegeack: 4 Uhr bei Brimmer, Gerhart-Rolf-Straße 55.

- Dienstag, 9. Juni:**
Darmstadt: Im Gewerkschaftshaus, Bismarckstr. 19. —
Eisenach: 4 Uhr, „Zum weißen Hirsch“, Magdalenstraße. —
Frankfurt a. M. (Nachtarbeiter): Vorm. 10 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus. (Tagarbeiter): 8 Uhr im Gewerkschaftshaus. —
Regensburg: 2 Uhr, „Zur Schillerstraße“, Glockengasse B 31. —
Striegau i. Schl.: 4 Uhr, „Zum Bismarck“.

- Mittwoch, 10. Juni:**
Angsburg: 4 Uhr im Gewerkschaftshaus, F 313. —
Hamburg-Altona (Konditoren): 8 1/2 Uhr bei Koop, Kaiser-Wilhelm-Straße 77; (Seejahrende): 8 1/2 Uhr bei Pfeifer, St. Pauli, Silberjachtstr. 15. —
Homburg v. d. H.: 8 Uhr, „Zur neuen Brücke“. —
Straßburg i. Elß. (Bäcker): 3 Uhr, „Zum Vogelgesang“, Schiffleustaden 7. —
Waldenburg i. Schleßen: 4 Uhr, „Zur Sandmühle“, Auenstraße. —
Wolfenbüttel: 8 Uhr bei Friede, Fischerstraße. —
Zeitz: 8 Uhr in Neumanns Restaurant.

- Donnerstag, 11. Juni:**
Altenburg: 2 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus. —
Amberg: 1 1/2 Uhr, „Zum grünen Kranz“, Salzstadelplatz. —
Berg: Im Gewerkschaftshaus, Schulstr. 17. —
Cassel: 3 Uhr im neuen Gewerkschaftshaus, Obere Karlstr. 13. —
Coblenz: 4 Uhr, „Zum wilden Mann“, Moselstraße. —
Erlangen: „Zum goldenen Hecht“, Glockenstraße. —
Freiburg i. Br. (Sektion I): 2 Uhr im Restaurant Bötiner, Löwenstr. 8. —
Fürth i. Bayern: 5 Uhr bei Klein, Königstraße. —
Gotha: 4 Uhr im Volkshaus „Zum Mahren“. —
Kaiserslautern: 4 Uhr, „Zur Burg“, Steinstraße. —
Ludwigshafen: 3 Uhr in Niedmüllers Gasthaus, Dammstraße. —
Metz: 3 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Deutsche Straße. —
Rostock: 3 Uhr in der „Philharmonie“. —
Schönebeck: 3 1/2 Uhr im „Bürgerhaus“, Breite Straße 57. —
Schwerin: 6 Uhr, „Zur Halta“, Graß-Schad-Straße. —
Würzburg: 3 Uhr, „Zum goldenen Hahn“.

- Sonntag, 13. Juni:**
Leipzig (Fabrikbranche): 8 1/2 Uhr bei Rickau, Gohlis, Elisabethstraße. —
Pörsch: 8 Uhr, „Zu den drei Königen“. —
Rudolstadt: 8 Uhr, „Zum Gambernus“, Lengenfeldstr. 6.

- Sonntag, 14. Juni:**
Bergeborf: 3 Uhr, „Deutsches Haus“, Eschenstraße. —
Bremerhaven: 3 Uhr im „Bayerischen Hof“, Lange Straße 18. —
Crimmitschau: 2 Uhr in der Zentralschulherberge. —
Effen a. d. R.: Vorm. 10 Uhr, „Zur Stadt Elberfeld“, Postallee. —
Siegen-Wehlar: 4 Uhr im Viehhof im Gewerkschaftshaus, Schanzstr. 18. —
Yagen: Vorm. 10 Uhr bei Schürhof, Hochstr. 85. —
Palberstadt: Halle a. d. S.: „Zu den drei Königen“, Kleine Klausstraße 7. —
Heidenheim a. d. Brenz: Vorm. 10 Uhr im „Lamm“. —
Herford: Vorm. 9 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus. —
Jena: 2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Johannisplatz. —
Reifen: 3 1/2 Uhr, „Zur goldenen Weintraube“. —
Oldenburg: 3 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Kurze Straße 2. —
Osnabrück: Vorm. 11 Uhr bei G. Müller, Lohstr. 50. —
Plauen: 3 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus. —
Reimscheid: Vorm. 10 Uhr im Volkshaus, Bismarckstr. 61. —
Zahl: 2 1/2 Uhr in Domburg „Anficht“. —
Weiden: 1 Uhr, „Zur Sonne“. —
Wittenberg (Halle): Vorm. 10 Uhr, „Zur Grünigkeit“, Lohstr. 1. —
Zwickau: 3 Uhr im „Brauereischloßchen“, Schloßstraße.

Für die Redaktion verantwortlich: Felix Weidner, Hamburg, Steinbinderhof 57. — Verlag von D. Kilmann, Hamburg. — Druck: Hamburger Druckerei und Verlagsanstalt Kurr & Co. in Hamburg.

—* Anzeigen. —*

Nachruf.
Am 20. Mai verschied plötzlich an Herzschlag unser Mitglied, der Konditor
Otto Fischer
im 49. Lebensjahre. [A 3,60]
Ehre seinem Andenken!
Verwaltung Berlin.

Nachruf.
Am 26. Mai starb unser Mitglied, der Oblatenbäcker
Georg Gundel
im Alter von 42 Jahren. [A 3,60]
Ehre seinem Andenken!
Zahlfache Nürnberg.

Unsere besten Kollegen **Georg Lehmann** und seine liebe Frau **Helene Krüger**
die herzlichsten Glückwünsche
zur Verlobung!
[A 3] Zahlfache Tangermünde.

Unsere lieben Kollegen **Jakob Schmidt** und **Kelner Lagerhausen** und ihren lieben Bräutern
die herzlichsten Glückwünsche
zur Vermählung!
[A 3] Zahlfache Cassel.

Achtung, Kollegen! [A 2,50]
Beschäftslokal der Bäcker in Hamburg-Barmbeck
bei **Ernst Weiss, Defenichstr. 16.**

150-200 Ctr. Apfelmack
1914er Sort. hergestellt aus besten Edeläpfeln, in Dosen von 1/2 bis 5 kg gibt billig ab [A 7]
Firma A. Stahl Wwe.
(Gebrüder M. & J. Stahl)
Marmeladen- und Konservenfabrik
Friedberg i. Hessen.
Telefon: Nr. 72. Telegr. Nr. 241. „Jahnsberg“.
— Vertreter an allen Plätzen gesucht. —

Starkes Städtchen. Vermehrt u. vergrößert. Kostgütig. Neuverfügt durch Deutschland u. ganz Europa mit Gütern u. Regulate. 26. Seiten, 24. u. 1.22. In allen Buchhandlungen zu haben oder gegen Einsendung von M. 1,70 bei E. Staake, Bielefeld. [A 2,50]

Herr Bäckermeister!
W. W. W. Warum sollen Sie Ihr Backhilfsmittel **teuer bezahlen** wenn Sie etwas zumindest vollständig Gleichwertiges billiger bekommen können? Machen Sie keine bindenden Abschlüsse, bevor Sie sich von der Güte des

Wyla-Malz-S **Wyla-Werke**
G. m. b. H. Weil 15 (Baden)
überzeugt haben!

Pyramiden-Fliegenfänger
Das Beste, was es gibt, für Stuben, Hallen, Wägen, vermischt mit Schmalz, wird Tausende treuer Kunden u. lobend Anerkennung. 100 Stück M. 2.50, 250 Stück M. 4.—, per Post 500 Stück M. 7.—, per Post 1000 Stück M. 12.—, frachtfrei. Packg. wird nicht berechnet. Probebest. 20 Stück 25 Pf. franco bei Vorzug des Betrages, Nachnahme 25 Pf. mehr.
L. Kasper, Regensburg F 6

Man starrt über die Vorteile!
Jeder sollte sich bei Bedarf von unserer Leichtgängigkeit überzeugen, denn unsere die vorzüglich bekannten **Superior-Fahreräder**, **Mittelschleppern, Kinderwagen, Sportwagen, Wägen, Ueber-, Hand-, Boller-, Leder-, Spitzwagen und Handwagen** Artikel sind von bester Qualität und liefert vorzüglich. **Haus Hartmann: Aktiengesellschaft, Eisenach 20**